

Parlamenten

NAZIS IN DEN



KRITISCHE DOKUMENTATION DER NPD & REPs IN BERLINER BVVen

Einstieg in die Ideologie der NPD

Inhalt

Einleitung	2
„Demokratieverständnis“ der NPD	3
Ethnopluralismus	4
Umdeutung von Begriffen ist Basis der NPD-Ideologie	9
Die NPD und der Geschichtsrevisionismus	13
Antiindividualismus im Programm der NPD	16
Populismus: Orientierung am kleinen Mann	19
Die Arbeitsmarktpolitik der NPD	20
Anti-Imperialismus und Anti-Amerikanismus im Programm der NPD	22
Die Migrations und Asylpolitik der NPD - Inländerfreundlich?	26
NPD und Europapolitik	28
Sozialismus und Revolution?! Was ist los im rechten Lager?	33
Rechtsextremismus: Warum wir diesen Begriff verwenden	37

Impressum

Diese Broschüre wird herausgegeben vom Projekt „Nazis in den Parlamenten -Berlin“. Ziel dieses Projektes ist die kontinuierliche, kritische Dokumentation der Aktivitäten der Mitglieder der NPD, DVU bzw. Republikaner in den Parlamenten, aber auch die Schaffung eines Netzwerkes, welches sich überregional mit ihnen und ihrer Arbeit in Parlamenten allgemein beschäftigt.

Das Kopieren und Verbreiten der Inhalte dieser Broschüre ist ausdrücklich erwünscht und muss nicht mit den AutorInnen abgesprochen werden.

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird sie nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Angabe von Gründen zurückzusenden.

BILDNACHWEIS

Die Rechte für die hier verwandten Bilder verbleiben bei

den FotografInnen. Falls nicht anders angegeben, wurden uns alle Bilder von der Redaktion des Antifaschistischen Infoblatts zur Verfügung gestellt. Die Fotos von Seite 20 & 22 stammen von Chr. Ditsch/version-foto.de, das Foto von Seite 9 von der Agentur Ahrn.

Teilweise wurden in den verwendeten Fotos Adresshinweise zu den jeweiligen Neonazi-Gruppen heraus retuschiert.

BESTELLADRESSE

Weitere Exemplare dieser Broschüre können über folgende E-Mail-Adresse bestellt werden:
nlp-berlin@gmx.de

Die Broschüre entstand durch die freundliche Unterstützung des Netzwerk Selbsthilfe e.V. und der Hans-Böckler-Stiftung

NETZWERK

**Hans Böckler
Stiftung**

© 2014 Netzwerk Selbsthilfe e.V. und Hans-Böckler-Stiftung

Einleitung

„Der Lichtenberger NPD-Verordnete Jörg Hähnel schien sich über die vielen „Nazis Raus“-Rufe zu freuen, mehrmals verbeugte er sich demonstrativ in Richtung der Demonstranten im Saal. Etwa 50 Jugendliche hatten Protestschilder und Transparente in den Sitzungssaal in der Große-Leege-Straße mitgebracht, „Schöner leben ohne Nazis“ stand auf einigen geschrieben. Als Hähnel ans Rednerpult trat und einen Antrag stellen wollte, ging seine Stimme vor Buhrufen unter.“ (Tagespiegel vom 27.10.2006)

Mittlerweile ist es etwa ein Jahr her, seitdem die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands mit insgesamt 11 Verordneten in die Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVVn) von Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Neukölln eingezogen ist. In Pankow sitzt seitdem ein Mitglied der Republikaner in der BVV. Die anfänglichen Proteste bei den Versammlungen gehören der Vergangenheit an, stattdessen beobachtet und wertet nun das Netzwerk „Nazis in den Parlamenten“ die Aktivitäten der Rechtsextremen aus.

Ziel dieses Projektes ist die kontinuierliche, kritische Dokumentation der Aktivitäten der Mitglieder der NPD, DVU bzw. Republikaner in den Parlamenten, aber auch die Schaffung eines Netzwerkes, welches sich überregional mit ihnen und ihrer Arbeit in Parlamenten allgemein beschäftigt.

Die Analysen und Dokumentationen werden regelmäßig in Broschüren und auf den Internetseiten der einzelnen regionalen NiP-Pro-

jekte veröffentlicht. Momentan gibt es solche Projekte in Sachsen (<http://nip.systemli.org>) und Berlin.

Die vorliegende Broschüre analysiert die Kernbereiche des politischen Programms der NPD, der aktuell erfolgreichsten Vertreterin des deutschen Neonazismus. Ihr Programm basiert auf einer völkischen Ideologie, es vereint Rassismus, Nationalismus und eine Verherrlichung des Nationalsozialismus mit scheinbar sozialistischen Schlagworten. Im Parteiprogramm wird das Ideengut der »Neuen Rechten« übernommen und versucht durch pseudowissenschaftliche Begründungen zu überzeugen.

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien ist eine Grundvoraussetzung für zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Widerstand. Es sind Inhalte, die als rechtsextrem erkannt werden müssen, und nicht nur Personen oder Strukturen.

■ Das „Demokratieverständnis“ der NPD

Auch wenn die NPD „Demokratie“ zunächst als „Regierung des Volkes durch das Volk“ [1] bezeichnet, so besteht sie doch darauf, dieses Volk durch eine kleine Gruppe regieren zu können. Formulierungen und Zitate wie „Ohne leistungs- und gemeinschaftsorientierte Eliten ist das demokratische Vorbild kaum lebensfähig“ oder „Erst die Beimengung eines aristokratischen Elementes macht die Demokratie lebensfähig“ oder „Im Ernstfall kommt es nicht so sehr darauf an, ob Demokratien hinreichend demokratisch sind, sondern ob sie auf fähige, kompetente und mitreißende Minoritäten zurückgreifen können“ [2], sprechen eine deutliche Sprache, was mit Demokratie gemeint ist. Ideologische Vorbilder der NPD-Demokratie sind Aristokratie und Diktatur, und keineswegs das, was als allgemeingültiger Konsens in der Bevölkerung angenommen wird. Dort wird davon ausgegangen, dass zu einer Demokratie gehört, dass eine Regierung nur durch Wahlen legitimiert werden kann oder dass sie sich dadurch auszeichnet, dass sie eine Herrschaft der Mehrheit ist. [3] Das Ziel der NPD, Demokratie mit Hilfe einer Elite gestalten zu können, widerspricht dem Begriff der „Demokratie“. Wozu dieser Widerspruch? In der BRD müssen sich Parteien nach außen demokratisch geben, da sie ansonsten Gefahr laufen verboten zu werden. Deshalb kann die NPD nicht deutlich schreiben, dass sie ein autoritäres Regime bevorzugt, sondern benutzt diese Zitate. Der Demokratiebegriff der NPD hat neben dem Verschleiern der gewünschten Herrschaftsform aber noch eine zweite Funktion, nämlich die Darstellung der NPD als Opfer von „undemokratischen Demokraten“. In der Auseinandersetzung mit demokratischen, zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Initiativen, wird die Diskussion mit der NPD

häufig verweigert. Die Gründe dafür sind vielfältig. Einer heißt beispielsweise „Wortergreifungsstrategie“. Geschulte Kader der Partei wollen dabei die öffentlichen Räume anderer Veranstaltungen nutzen, um ihre Inhalte an eine Hörerschaft jenseits der Parteimitglieder zu bringen. [4] Ohne inhaltliche Vorbereitung ist es oft schwer, den Falschaussagen und falsch interpretierten Fakten der NPD argumentativ gegenzusteuern. Die Gefahr, dass die Partei dabei punkten kann, steht also immer im Raum. Selbst wenn ein Kader argumentativ dem Publikum einer Veranstaltung unterlegen ist, wird die Veranstaltung meistens zweckenfremdet und „gesprengt“. Sobald die NPD also vor verschlossenen Türen halt machen muss, wird häufig das Argument der „Demokratie“ aus der Tasche gezogen. Demokraten seien demnach nur solche, die sich mit allen und jedem auseinandersetzen würden, also auch mit der NPD. Wer sich dem Willen der NPD einer Diskussion nachzukommen entzieht, ist in ihren Augen undemokratisch. Davon sollte man sich keineswegs einschüchtern lassen, sondern die Gegenfrage stellen, was die NPD denn unter Demokratie verstehe. Bei Kenntnis des Parteiprogramms oder der Inhalte der Partei wird sich herausstellen, dass sie keineswegs Verfechterin demokratischer Prinzipien ist. Einen Anspruch auf inhaltliche Auseinandersetzung besitzt sie demnach nicht.

[1] www.npd.de: Definition zu „Demokratie“

[2] Ebd.

[3] Offe, Claus: Fünf Voraussetzungen der Demokratie, in: Massing, Peter/ Breit, Gotthard (Hrsg.): Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart, Wochenschauerlag 2004

[4] Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin: Umgang mit rechtsextremen Besucher/-innen bei öffentlichen und nichtöffentlichen Veranstaltungen, Handreichung Download unter: <http://www.mbr-berlin.de/Materialien>

■ Ethnopluralismus

Seit mehreren Jahrzehnten beziehen sich große Teile der rechtsextremen Szene auf den Begriff des Ethnopluralismus. Begriff und Konzept gehen auf Vertreter/-innen der sogenannten „Neuen Rechten“ zurück. Ein entscheidender Teil in der Ideologie der „Neuen Rechten“ ist die Propagierung eines völkischen Nationalismus. Anders als im Nationalsozialismus tritt jedoch eine rein biologistische Argumentationsweise in den Hintergrund, stattdessen wird versucht unter Bezug auf anthropologische, ethnologische und psychologische Forschungen die Objektivität einer Vielfalt und Ungleichheit der Völker zu beweisen. Dieser sogenannte „Ethnopluralismus“ sei unbedingt zu erhalten. Artikuliert wird dieses Gedankengebäude dabei häufig mit Hilfe kulturalistischer Argumentationsmuster wie der Unvergleichlichkeit und Unantastbarkeit der verschiedenen Kulturen und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Ideologische Grundlagen

Die „Neuen Rechten“ greift mit dem Konzept des Ethnopluralismus einen Jahrhunderte alten Disput zwischen Nominalisten und Universalisten auf. Während es für die Universalisten Allgemeines (Universalien) gibt, das dem Einzelnen vorausgeht und es umschließt, bestreiten Nominalisten, dass universelle Begriffe eine Realität wiedergeben, sondern nur nachträgliche Namen (Nomina) sind. Sie behaupten beispielsweise, es gebe nicht „die Menschheit“, sondern nur einzelne Menschen.

Die „Neuen Rechten“ übernimmt diese Kritik am Universalismus, um ihren Kampf gegen



> NPD-Anhänger 2000 in Berlin

die Moderne und alle Universalismen, insbesondere christliche Ethik, Marxismus und die Ideale der französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) zu führen. Diese „universalistischen Ideologien“ leugneten die Vielfalt der Welt, seien ethnozentristisch und wirkten gleichmacherisch. Die Menschen seien von Geburt auf, durch ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur, verschieden. So heißt es bei Krebs: *„Der auf Gleichheit gerichtete Humanitarismus verschlingt die Einzelpersonlichkeit – oder das Einzelvolk –, um es in dem anonymen Individuum – oder der Masse – aufgehen zu lassen. Es ist dies ein Humanitarismus der Gleichmacherei und daher der Entfremdung, letztlich der Entwertung; ein Humanitarismus, der vermengt und dabei zersetzt, der entwurzelt und daher zerstört.“* (Krebs 1982 : 27)

Die gesellschaftliche Konsequenz des Nominalismus, die zu radikalem Individualismus führen

würde, wird durch die Vertreter/-innen des Ethnopluralismus abgelehnt. Bezugspunkt ist dementsprechend nicht der Einzelne, sondern das Volk.

Die Völker werden als „Schicksalsgemeinschaften“ begriffen, als „Wesenheiten mit eigener Persönlichkeit, die sich im Laufe der Geschichte geprägt“ (Benoist 2000 : 12) und die eine spezifische, letztlich genetisch bedingte Kultur hervorgebracht haben. Die Völker hätten sich unabhängig voneinander in ihrem je eigenen Lebensraum entwickelt, deshalb seien die jeweiligen Wertesysteme und Kulturen nicht universalisierbar, sondern an die Völker und deren Heimat und Territorien gebunden.

Weiterhin wird der Ethnopluralismus biologisch unterlegt. Das menschliche Dasein ist nach Ansicht der Vertreter/-innen des Ethnopluralismus durch die biologische Evolution, Rasse und Instinkte geprägt und vorbestimmt. Dabei wird davon ausgegangen, dass nicht nur die körperlichen Merkmale genetisch de-

terminiert sind, sondern auch die meisten der nichtkörperlichen Eigenschaften. Der Mensch schafft sich zwar eine Kultur, ist dabei aber an die Grenzen seiner biologischen Konditionierung gebunden. Da die Natur stärker sei als der Mensch, sei eine Loslösung des Menschen von der Natur nicht möglich. Der Mensch habe nur die Möglichkeit, sich innerhalb der biologischen Voraussetzungen eine Kultur zu schaffen. Entspreche diese Kultur nicht den „biologischen Naturgesetzen“, führe das zu destruktiver Gewalt, psychischen Störungen und Kriminalität. Auch die Einwanderung von „Ausländern“ nach Europa widerspreche infolgedessen den Naturgesetzen, da sie einerseits die Migrant/-innen ihrem natürlichen Lebensraum entwurzelt und andererseits durch Migration die „biologische Substanz der Völker“ [1] gefährdet werde. Ein Volk, das sich dauerhaft mit Menschen anderer Kulturen mische, werde langfristig sterben.

Ethnopluralismus als europäisches Ordnungsmodell

Mit dem Ethnopluralismus verbindet sich ein europäisches Ordnungsmodell. Ausgangspunkt der Argumentation ist wiederum die Behauptung, die Nichtbeachtung biologischer Tatsachen und materialistisches Gleichheitsdenken führten zu einer einheitlich genormten Welt. Diese Vereinheitlichung der Kulturen sei lebensfeindlich und hätte Überbevölkerung, Naturzerstörung und wirtschaftliche Krisen zur Folge.

Der Ethnopluralismus gilt deshalb auch als Konzept des Zusammen- oder besser Nebeneinanderlebens der Kulturen.

Da sowohl Einwanderer als auch das Einwanderungsland, den Vertreter/-innen des Ethno-



>NPD-Plakat am 01.05.2004 in Berlin

pluralismus folgend, unter Migration zu leiden hätten, soll gemeinsam mit den „Ausländer/-innen für den Erhalt der kulturellen Identitäten gekämpft werden. Organisiert werden müsse ein geordnetes Nebeneinander der Völker, das eine Entwicklung nach Maßgabe der jeweiligen ethnischen Besonderheit ermöglichen solle. Nur das gewährleiste auch eine fruchtbare Konkurrenz der Völker. In der praktischen Konsequenz bedeutet dies entweder die Vertreibung aller Migrant/-innen aus Deutschland oder, was durchaus auch gefordert wird, eine Apartheidpolitik.

Zur Durchsetzung ihrer europapolitischen Vorstellungen wird sich auf den sogenannten „Befreiungsnationalismus“ gestützt. Diese Theorie richtet sich gegen alle, die die Eigenheit der Völker nicht respektieren. Die „Befreiungsnationalisten“ betonen die nationale Identität im europäischen Rahmen. Dabei ist das Ziel, eine durch „Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung orientierte Völkerordnung“ auf der Grundlage des ‚Ethnopluralismus‘“ (Feit 1987 : 125) zu schaffen. Ethnopluralismus als neuer Rassismus

Das Nutzen von kulturalistischen und antirassistischen Begriffen hat das Ziel, Denkblockaden und Berührungsgängste abzubauen und rechtsextreme Argumentationslinien in politische Diskurse einzuführen. Dazu grenzen rechte bzw. rechtsextreme Vertreter/-innen des Ethnopluralismus diesen von Rassismus ab. Benoist, ein wichtiger Vertreter der „Neuen Rechten“, spitzt die Argumentationslinien der „Neuen Rechten“ zu und stellt diese als antirassistisch dar. Der „traditionelle“ Antirassismus, wie er von links vertreten werde, habe seinen Ursprung im Universalismus, der durch die Behauptung der Gleichheit aller Menschen Unterschiede einebene und somit den Kulturen ihre Identität nehme: Der „universa-

listische Antirassismus“ *„...führt mittelbar zum gleichen Ergebnis wie der Rassismus, den er verurteilt. Er ist nämlich ebenso allergisch gegen Unterschiede, erkennt in den Völkern nur ihre gemeinsame Zugehörigkeit zur Art und neigt dazu, ihre besonderen Identitäten als vorübergehend oder nebensächlich zu betrachten.“* (Benoist 2000 : 15)

Der „differentielle Antirassismus“, Benoist folgend, achte dagegen die Verschiedenheit der Völker und versuche, sie zu erhalten. Damit wird die Auffassung vertreten, Verhalten ergebe sich nicht direkt aus den Genen, sondern aus der Kulturzugehörigkeit und leitet daraus sowohl die Unterschiedlichkeit, wie auch die Gleichwertigkeit der Kulturen ab.

Verschiedene Soziologen und Politologen sind zu dem Schluss gekommen, dass sich mit diesem Argumentationsmuster ein „Rassismus ohne Rassen“ gebildet habe.[2] Biologische Argumentationsstränge wurden in kulturalistische transformiert.

Dieser neue Rassismus setzt weder einen biologischen Determinismus noch eine Hierarchisierung der „Rassen“ voraus, Positionen, die wissenschaftlich diskreditiert sind. Stattdessen bezieht er über die Inanspruchnahme antirassistischer Postulate eine politische Legitimation. Zuerst schwingt er sich zur Verteidigung der kulturellen Identitäten auf, die dann zu einer „Verherrlichung der Differenz“ führt.[3] Diese Differenz wird als absolut und positiv beschrieben.

Diese Verabsolutierung der Unterschiede beinhaltet eine Unvereinbarkeit der Kulturen.

Während der Schutz der kulturellen Identitäten gefordert wird, stellt dieser differentialisierende Rassismus im selben Atemzug die Assimilationsunfähigkeit der Anderen fest. Die Feststellung einer Differenz bedeutet dann nicht mehr nur, die Ungleichheit der Völker zu behaupten, sondern die Separation der so fundamental anderen zu fordern, da in der Konsequenz die Auffassung vertreten wird, dass Kulturvermischung zum geistigen Tod der Menschen führt. Geprägt wurde dazu der Begriff des „kulturellen Ethnozides“.

NPD und Ethnopluralismus

Die NPD vertritt ebenso wie andere Rechts-extreme den Ethnopluralismus. Damit begründet sich der Rassismus der NPD nicht mehr biologisch, sondern kulturell. Einen näheren Einblick bietet das folgende Zitat eines NPD-Kandidaten zur Bundestagswahl 2005:

„Die NPD lehnt in ihrem Ethnopluralismus die Assimilation hier lebender Ausländer ab, da ihr generell jedes Volk nebst seiner Kultur als schützenswert gilt. [...] Sowohl das deutsche als auch das türkische Volk haben ein Existenzrecht, aber dies setzt nun mal eine territoriale Trennung voraus und dafür steht die NPD ein.“[4]

Sichtbar wird, dass die NPD die Ungleichheit von „Völkern“ durch kulturalistische Argumentationsmuster konstruiert. Deutsche und Türken können koexistieren, jedoch muss gewahrt bleiben, dass die Staaten und Gesellschaften „reinrassig“ bleiben. Vorteil des Konzeptes ist, dass der NPD eine Zusammenarbeit mit ausländischen Rechten ermöglicht wird. In der Realität lehnen viele NPD-Mitglieder jedoch

alle Migrant/-innen ab.

In den Positionspapieren der NPD und den Anträgen in den kommunalen Parlamenten wird in vielen Fällen das Querschnittsthema „Migration“ sichtbar. Dabei wird oft mit ethnopluralistischen Versatzstücken argumentiert. So begründet die NPD die geforderte Vertreibung aller Migrant/-innen aus Deutschland unter dem Schlagwort „Ausländerrückführung“ mit der Unvereinbarkeit der verschiedenen Kulturen. Dass Kultur an sich nichts statisches ist und sich Kulturen in der Vergangenheit unter anderem durch den Austausch mit anderen Kulturen weiter- bzw. entwickelten, wird dabei durch die Rechtsex-tremen ignoriert.

In verschiedenen Anträgen in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen wird ebenso die Forderung nach einer Apartheidpolitik sichtbar. So beantragte der NPD-Verordnete Sturm bei der 4. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Neukölln am 24.01.2007 die Zusammenlegung herkunfts-



>NPD-Plakat vom 01.05.2006 in Rostock

deutscher Schüler/-innen im Bezirk auf wenige gemeinsame Schulen, um eine „Vermischung“ der Kulturen zu verhindern.[5] In der BVV Lichtenberg stellte die NPD in der 11.Sitzung am 20.09.2007 einen ähnlichen Antrag und begründete diesen mit „Menschenfreundlichkeit“.

Wie erneut sichtbar wird, leistet das Konzept des Ethnopluralismus neben der Legitimationsfunktion für die Trennung von „Völkern“ und „Kulturen“ einen entscheidenden Schritt der rechtsextremen Theoriebildung, auch für die NPD.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich hinter der Theorie des Ethnopluralismus sozialdarwinistische Sichtweisen und ein ausgeprägter, modernisierter Rassismus verbergen, was sich unter anderem mit dem Begriff „Rassismus ohne Rasse“ beschreiben lässt.

Literatur

* Balibar, Etienne: Gibt es einen „Neo-Rassismus“?, in: Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel: Rasse, Klasse, Nation, Hamburg/Berlin 1990.

* Benoist, Alain de: Aufstand der Kulturen, Berlin 2000.

* Feit, Margret: Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik. Organisation – Ideologie - Strategie, Frankfurt/New York 1987.

* Fetcher, Iring (Hg.): Neokonservative und „Neue Rechte“. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik,

München 1983.

* Mbr (Hg.): „Kampf um die Rathäuser“ – Eine Handreichung der mbr, Berlin 2007.

* Taguieff, Pierre-André: Die ideologischen Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus, in: Bielefeld, Uli: Das Eigene und das Fremde, Hamburg 1992, S.221-263.

[1] Vgl. Moreau, Patrick: Die neue Religion der Rasse, in: Fetcher 1983, S. 132

[2] Vgl. Balibar 1990

[3] Vgl. Taguieff 1992, S.236

[4] Antwort von Bernhard Adamek; NPD-Kandidat für die Bundestagswahl 2005 aus Bochum; auf der Internetplattform www.kandidatenwatch.de

[5] Vgl. mbr 2007, S.6

■ Umdeutung von Begriffen ist Basis der NPD-Ideologie

Die Begriffe „Volk“, „Volksgemeinschaft“ und „Volkssouveränität“ bilden das Fundament der NPD-Ideologie. Sie werden von der NPD anders definiert, als in der Politikwissenschaft. In dieser umgedeuteten Variante kommen die Begriffe immer wieder vor und erklären die Forderungen der NPD in anderen Politikbereichen, wie beispielsweise der Sicherheits-, Außen- oder Familienpolitik. Die wenigsten Menschen sind sich jedoch im Klaren darüber, was genau mit diesen Begriffen gemeint ist und wo der Unterschied zu anderen Parteien ist. Wo ist der Unterschied zwischen Politikern, die sich über das Abwandern von Firmen ins Ausland ärgern, und der NPD, die vorgibt das deutsche „Volk“ fördern zu wollen?

„Volk“ und „Volksgemeinschaft“: Die NPD definiert „Volk“ als naturgegeben und suggeriert eine Schicksalsgemeinschaft, die sich willentlich zusammengeschlossen hat. So heißt es beispielsweise auf ihrer Internetseite: „Volk ist von Natur gegeben. Nation ist nicht gleich Volk; sie ist ein sich politisch bewusst gewordenes Volk mit einheitlichem Handlungsvermögen. Grundlegend für ein Volk sind: Gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache, Kultur sowie gemeinsames Erleben und Schicksal.“[1] Hier wird ein „Wir-Gefühl“ über die Nation konstruiert, die eine ethnisch kulturelle Basis hat. Das bedeutet, dass nur Menschen als Teil der deutschen „Volksgemeinschaft“ gelten, die 1. blutsverwandt sind mit Menschen, die eine deutsche Staatsbürgerschaft haben, 2. die die deutsche Geschichte als ihre eigene ansehen, 3. die deutsch sprechen, 4. die deutsche Bräuche, was auch immer das sein mag, praktizieren und die sich als Teil der „deutschen Volksgemeinschaft“ fühlen. Das heißt, dass zum einen



>NPD am 01.05.2003 in Berlin

der Begriff „Ethnie“ mit dem des „Staatsvolks“ gleichgesetzt wird und dass das Staatsvolk zu einer homogenen Masse reduziert wird. Das beinhaltet die Ungleichheit aller anderen „Völker“, die aus einer anderen homogenen Masse bestehen. Wenn man jedoch einen Blick auf die Geschichte der Staatenbildung wirft, wird man leicht erkennen, dass die heutigen Staatsvölker alles andere waren als homogene Volksgemeinschaften.[2] Was heute als fester Staat existiert, hatte früher unterschiedliche Sprachen, Bräuche, Werte, ja auch unterschiedliche Religionen. Noch heute sind unterschiedliche Sprachen und Dialekte allein in Deutschland zu finden. Die Grenzziehung in Europa zwischen den Nationalstaaten war schon immer sehr flexibel und hat sich nie auf „Blutsverwandtschaft“ oder sprachliche Grenzen bezogen, sondern hatte religiöse oder imperialistische Motive. Weder der erste, noch der zweite Weltkrieg können auf das Motiv der Erhaltung einer homogenen Volksgemeinschaft reduziert werden.[3] Dennoch praktiziert die NPD die Gleichsetzung von „Staatsvolk“ und „Ethnie“, was aus ihrer Definition einer Nation nochmals deutlich wird: „Ein Volk wird zur Na-

tion, wenn es sich seines politisch-kulturellen Eigenwertes bewusst wird, und sein Dasein als selbständige sichtbare Ganzheit bejaht. Das Volk liefert dazu den biologisch, geschichtlich und kulturellen Ausgangspunkt.“[4] Die Nationalsozialisten haben das gleiche behauptet. Nun könnte man meinen, dass die NPD aus der Vergangenheit gelernt hat. Zumindest spricht sie vom Nebeneinander der Völker, die gleichberechtigt seien und sich in ihrer Ungleichheit akzeptieren mögen. Das ist jedoch nur eine Phrase. Nach wie vor hat die NPD ein Menschenbild, das biologistisch und sozialdarwinistisch geprägt ist. Sie lehnt Humanismus und die Gleichheit der Menschen ab. Ein Zitat kann das belegen: „Von Belang für die ‚politische Kultur‘ sind heute das christliche, das liberalistische sowie das marxistische Menschenbild. Diesen ersichtlich an der Wirklichkeit gescheiterten Vorstellungen, die unsere Völker fast lebensuntüchtig gemacht haben, stellen wir Nationalisten das wirkliche Menschenbild gegenüber. Dieses bindet sich an naturwissenschaftlich erhärteten Tatsachen (etwa der Verhaltensforschung und biologischen Anthropologie), und überwindet waghalsige Vorstellungen (nach ideologischen Vorgaben rein verallgemeinernd hergeleitete Einfälle ohne Wirklichkeitsbezug). Das wirkliche Menschenbild trägt der biologischen Grundlage, der Gemeinschaftsgebundenheit und der Überlieferung der Menschen und ihrer natürlichen Ordnungsform, sowie den Völkern, Rechnung.“[5] Das bedeutet das Recht des Stärkeren nicht nur auf zwischenmenschlicher, sondern auch auf zwischenstaatlicher Ebene zu praktizieren. Es heißt, dass die NPD der Meinung ist, dass Nächstenliebe, die Ideale des Humanismus und der Gleichheit, die Demokratie und Rechtssystem als Grundlage dienen, abgelehnt werden und stattdessen rassistische

und sozialdarwinistische Regeln gelten sollen. Hierzu nur ein kleines Zitat der NPD zum Thema Gleichheit: „Die Falschthese von der ‚Gleichheit aller Menschen von Geburt an‘ ist Grundlage des Internationalismus und ‚One World‘-Ideologie. Ursprung von der Ideologie der Gleichheit ist der Neid auf Tüchtigere bzw. der dumpfe Zusammenhalt der Nullen gegen die Ziffern.“[6]

Wenn man sich ihre Definition der „Volksgemeinschaft“ zu Gemüte führt, kann der erste gewonnene Eindruck nur noch bekräftigt werden: „Volksgemeinschaft soll vorrangig das Gemeinwohl sichern, u.a. Schutz der Einzelnen vor den Einzelanliegen anderer, Ausbeutung und Entfremdung von ihrer nationalen Identität. Die Volksgemeinschaft schafft die Verpflichtung für die Mitwirkung aller im Volk. Sie wird stets eine klare soziale Unterscheidung zeigen, als Folge der Verschiedenheit der Menschen (nach Alter, Begabung, Anspruch, Kenntnis, Fähigkeit, Leistung, Haltung usw.)“[7] Mit anderen Worten steht da: die „Volksgemeinschaft“ schützt die, die dazugehören. Die sind dann aber auch verpflichtet mitzumachen. Es wird soziale Unterschiede geben, die vorwiegend auf biologische Merkmale zurückzuführen sind. Eine Parallele zur Ideologie des Nationalsozialismus kann hier nur schwer übersehen werden.

Der Begriff der „Volkssouveränität“ baut auf diesen Volksbegriff auf und bezieht Forderungen nach mehr direkter Demokratie ein. Unter Souveränität versteht man in der Politikwissenschaft das Recht einzelner Staaten, über das Handeln im Land und außerhalb selbst zu entscheiden.[7] Durch internationale Verträge, wie die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen oder in der Europäischen

Union, werden Kompetenzen über einige Ent-
scheidungen an internationale Organisationen
abgegeben, was zur Reduzierung von Sou-
veränität in den letzten 60 Jahren geführt hat.
Damit sollte vorrangig erreicht werden, dass
weniger Kriege stattfinden und dass eine An-
gleichung in ökonomischen und rechtlichen
Bereichen stattfindet. Dass es dabei Menschen

weiterhin den Regeln des Marktes folgen
und durch Import und Export wirtschaftliche
Bündnisse mit andern Staaten eingehen
müssen. So viel nur zur Souveränität nach
außen. Nach innen meint die NPD, dass
das Verhältnis von direkter und repräsenta-
tiver Demokratie zugunsten einer direkten
Demokratie verschoben werden sollte. Ihre
Definition von „Souveränität“ bezieht sich
auch hauptsächlich auf den nach innen
gerichteten Prozess.[9] Dahinter steht das
Ziel die „Entmündigung“ von BürgerInnen
zu beseitigen und zwar dadurch, dass das
„Volk“ (aber auch wirklich nur die Gruppe,
die vorher als „Volk“ definiert wurde) mehr
Entscheidungen durch direkte Demokratie,
wie Volksabstimmungen trifft. So wird zum
Beispiel gefordert: „Austritt aus allen raum-
fremden Bündnissen. Aufkündigung der
Verträge, die Deutschland in seiner Sou-
veränität beschneiden. Wiederherstellung
der inneren Volkssouveränität durch die
Einführung von Volksanträgen und Volksbe-
fragungen.“[10] Dabei problematisch ist
jedoch die Vorstellung, dass die Mehrheit
entscheidet, und das heißt, dass Populis-
mus, also das Vereinfachen von kompli-
zierten politischen Entscheidungen, siegen
würde und die Demokratie sich selbst per
Volksentscheid abschaffen könnte. Außer-
dem werden alle Anliegen, seien sie poli-
tischer, wirtschaftlicher oder kultureller Na-
tur, die sich jenseits der Mehrheit äußern,
nicht in politische Prozesse eingebunden.
Die Abschaffung von Minderheitenrechten
wäre vorprogrammiert und der Schutz lang
erkämpfter Rechte wäre dem Willen des
„Volkes“ ausgeliefert. An das Unbehagen
vieler Menschen, die das Gefühl haben,
dass die repräsentative Demokratie ihre
Bedürfnisse nicht berücksichtigt, wird hier
durch die NPD appelliert. Ob sich dieser



gibt, die Verlierer dieser Entwicklungen sind,
kann nicht bestritten werden. Dazu gehören
Arbeitslose, Niedrigverdienende, von Armut
Betroffene, allgemein also diejenigen, die
von den Entwicklungen nicht profitieren konn-
ten, sondern Wohlstands- und Statusverluste
hinnehmen mussten. An diese Menschen und
diejenigen, die Angst vor Verlust haben, rich-
tet sich die Forderung nach mehr Souveränität.
Ziel dessen soll sein, dass Deutschland
sich aus den derzeitigen wirtschaftlichen und
politischen Bündnissen löst und auf national-
staatlicher Ebene versucht, die Probleme zu
beseitigen. Diese Vorgehensweise ist insofern
problematisch, als das System der National-
staaten nicht mehr so funktioniert wie zu Be-
ginn des 20. Jahrhunderts.[8] Deutschland
kann keine nationale Insel mehr werden. Die
Nachteile, die die rasante wirtschaftliche In-
ternationalisierung mit sich gebracht haben,
werden durch eine nationalstaatliche Isolie-
rung nicht verschwinden. Deutschland wird

Eindruck allerdings verändert, wenn die Bedürfnisse durch Mehrheitsentscheidungen vom Tisch gefegt werden, kann bezweifelt werden. Die Arbeit von Interessengruppen und Expertenkommissionen wäre zudem auch überflüssig bei einer Demokratie à la Volksentscheid. Die Ernsthaftigkeit dieser Forderung der NPD kann außerdem angezweifelt werden, solange eine Führung des Staates durch Eliten zur Debatte steht.[11]

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die Ideologie der NPD aus der Umdeutung der Begriffe „Volk“ und „Volksgemeinschaft“ herleitet. Eine sehr heterogene Bevölkerung eines Staatsgebietes wird in ihre Definition eines „Volks“ gezwängt. Dabei bleiben jede Menge Menschen außen vor, nämlich all diejenigen, die nicht in den Regelkatalog der NPD pass. Das sind alle Menschen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und all diejenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit erst nach der Geburt bekommen haben. Aus diesem „Volk“, was für gewöhnlich die Bezeichnung „Ethnie“ bekommen würde, wird eine Nation, die über ein „Wir-Gefühl“ zusammengehalten wird. Alle Menschen, die nicht dazu gehören, werden ausgeschlossen. Für sie sollen andere Gesetze, Werte und Normen gelten. Das Menschenbild der NPD, das sich entschieden gegen Humanismus und Gleichheit fordernde Ideale ausspricht, lässt erahnen, was die propagierte Ungleichheit von Menschen und „Völkern“ in letzter Konsequenz bedeutet. Nämlich Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und die Abwertung anderer Menschen und „Völker“. Dem rassistischen Unterton aus dem Menschenbild folgend, werden alle Menschen ausgeschlossen, die biologisch nicht zum Volk gehören. Nach sozialdarwinistischen Kriterien wären das dann wie bei den Nationalsozialisten Menschen mit Behinderungen, Homosexuelle und eben einfach alle, die nicht

zum Bild des „stolzen Deutschen“ passen, so als könne man Menschen wie Bausteine in einem Baukasten verwenden. Das, was dann übrig bleibt, bezeichnet die NPD als „Volk“. Und das Wohl dieses „Volkes“ steht im Vordergrund und dient als Rechtfertigung der politischen Programmatik der NPD. Die Forderung nach direkter Demokratie ist die Forderung nach mehr Populismus und nach der Durchsetzung des Mehrheitswillens. Die Ausgrenzung von Minderheiten und die Abschaffung lang erkämpfter Gleichstellungsgesetze, sollen somit dem Gutdünken einer von der NPD als „Volk“ definierten Gruppe von Menschen ausgesetzt werden.

[1] www.npd.de zu „Stamm“

[2] Seibt, Ferdinand: Die Begründung Europas, Fischer Verlag, 2002; Rokkan, Stein: Staat, Nation und Demokratie in Europa, Suhrkamp Verlag, 2000; Flora, Peter: Externe Grenzbildung und interne Strukturbildung – Europa und seine Nationen. Eine Rokkan'sche Perspektive, in: Berliner Journal für Soziologie, 2000

[3] Ebd.

[4] www.npd.de zu „Nation, Nationalismus“

[5] www.npd.de zu „Menschenbild (wirkliches Menschenbild)“

[6] www.npd.de zu „Gleichheit“

[7] www.npd.de zu „Volksgemeinschaft“

[8] Andersen/ Woyke: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, 1997

[9] Neuwahl, Nanette: What borders for which Europe?, in: Joan De Bardeleben (Hrsg.): Soft or Hard Borders? Managing the Divide in an Enlarged Europe (S. 25-41). Cornwall : Ashgate, 2005

[10] www.npd.de zu „Volkssouveränität“

[11] www.npd.de: Wiederherstellung der Volkssouveränität (zu finden unter Inhalte/Politik)

[12] Artikel zu Demokratieverständnis der NPD in dieser Broschüre

■ Die NPD und der Geschichtsrevisionismus

Seit der Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) im Jahre 1964 wirbt sie immer wieder mit offen nationalistischen und revanchistischen Themen. Jene Partei, die sich gerne mit einem Hauch Demokratie umhüllt, versucht alte NS-Vorstellungen mit jetzt demokratischen Gefügen zu vereinen. Im Versuch neue Wähler und Wählerinnen zu erreichen und im Bewusstsein dessen, dass ein positiver Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus weitestgehend tabuisiert ist, wird die Zeit des Nationalsozialismus nicht offen glorifiziert. Vielmehr wird abgelenkt, deutsche Opfer in den Vordergrund gerückt und die deutschen Verbrechen gegen die Menschlichkeit relativiert bzw. geleugnet.

In ihren Forderungen nach einer Revidierung der deutschen Grenzen auf den Stand von 1937 greift die NPD Ressentiments konservativer Wählergruppen auf. „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik!“ So sollen die Gebiete Schlesien, Ost-Pommern, Ost-Brandenburg und Ostpreußen wieder in ein gemeinsames Deutsches Reich eingegliedert werden.

In der Öffentlichkeitsarbeit der NPD schlägt sich der Revisionismus nieder, wenn beispielsweise in einer Pressemitteilung der polnischen Bevölkerung eindeutig die Schuld am Ausbruch des 2. Weltkriegs zugeschrieben wird. Durch die Nicht-Erwähnung der NS-Täter und -Täterinnen, der Kriegsverbrecher in SS und Wehrmacht, sowie der schweigenden Mehrheit der Bevölkerung, zeichnet die NPD ein ahistorisches Bild.

Dieses wird ergänzt durch eine Fokussierung

auf die durch die Alliierten verhängten Erlasse, welche Deutschland in der Folge des verlorenen Krieges auferlegt wurden. Die Entkontextualisierung ermöglicht es der NPD, von einer „Siegerjustiz“ und einer ungerechtfertigten „Geschichtsklitterung zum Nachteil Deutschlands“ zu reden. Das so gezeichnete Geschichtsbild stellt eine wesentliche Grundlage ihrer Politik dar.

In der direkten Konfrontation mit parlamentarischen Gedenkminuten an die Opfer des Nationalsozialismus wählte die NPD in der Vergangenheit oft den Weg einer vorgeblichen Anerkennung deutscher Schuld, jedoch mit dem Verweis, sich „nicht an einseitigen Sühnebekenntnissen (zu) beteiligen“. Strategisch dient dies lediglich einem Ende der jahrelangen Beschäftigung mit der deutschen Schuld und dem Wunsch, nun endlich der „deutschen Opfer“ gedenken zu dürfen. Dabei erinnerten die Deutschen die ersten Jahre nach dem Krieg ausschließlich an die eigenen Toten. Auch die Forderung nach einem Schlussstrich ist keineswegs eine Idee der NPD, sondern durchzieht die deutsche Erinnerungskultur ebenso lange wie an die



>NPD in Dresden am 13. Februar 2005

Opfer der Deutschen erinnert wird. Mit dieser Forderung sollen diejenigen erreicht werden, die auf einen positiven Nationalismus in der BRD hoffen. Anhänger dieser Vorstellung finden sich nicht nur im rechtsextremen Lager. Zu einem in seiner Offensivität und deswegen in den Medien als skandalös betrachteten Vorfall entwickelte sich die Entscheidung der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, der am 13. Februar 2005 abgehaltenen Schweigeminute für „alle Opfer“ nicht beizuwohnen – man wollte einzig und allein der „deutschen Opfer des alliierten Bombenangriffs auf Dresden“ gedenken.

Der Mythos Dresden

Die Bombardierung Dresdens symbolisiert für weite Teile der Bevölkerung die Aggressivität der Alliierten. Noch heute wird von der Vernichtung einer „unschuldigen“ Stadt gesprochen. Die NPD besetzt den so genannten „Mythos Dresden“ für sich. Jahr für Jahr finden am 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung rechtsextreme Gedenkaufmärsche in Dresden statt. An dem von der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschlands (JLO) angemeldeten Trauermarsch, bei dem sich jedes Jahr mehrere tausend Neonazis aus der gesamten Bundesrepublik treffen, nimmt auch die NPD teil. Etliche JN und NPD-Kreis- und Landesverbände finden sich als Unterstützer wieder.

Hier wird entkontextualisiert den zivilen Opfern, Bauwerken und Kunstgegenständen gedacht, ohne dabei die Funktion Dresdens als Produktionsstätte von Waffen für den deutschen Angriffskrieg zu bedenken. Der Mythos der unschuldigen Stadt wurde geschaffen und

stößt seit dem Mauerfall 1989 auf Anklang bei Rechtsextremen aller Couleurs.

In Publikationen der rechtsextremen Szene wird die Bombardierung Dresdens immer wieder mit der Shoa gleichgesetzt. So spricht auch die NPD vom „Bombenholocaust“. Den Rechtsextremen geht es hier nicht um das Gedenken an die Opfer, sondern um eine wiederholte Relativierung der NS-Verbrechen und um Anknüpfungspunkte in der Bevölkerung, die sich gerade in Dresden als Opfer der Alliierten sieht. Immerhin teilen ca. 10 Prozent der Deutschen eine verharmlosende Sicht auf den Nationalsozialismus. (Quelle: Brähler/Decker: Vom Rand zur Mitte, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2006)

Auschwitz und die Shoa

An einer gemeinsamen Gedenkfahrt aller Abgeordneten des Sächsischen Landtages beteiligte sich die NPD nicht. Hierfür wurde vom Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel erneut der Verweis auf die „einseitigen Sühnebekenntnisse“ vorgebracht. Jürgen Gansel spricht bei oben genannter Fahrt nach Auschwitz vom „steuerfinanzierten Sühnetourismus“. Von anderen NPD-Abgeordneten wurde die Erinnerung an die Shoa im selben Kontext direkt diffamiert. So bezeichnen sie andere Landtagsabgeordnete als „Berufsbüßer“ und „Schuldmetaphysiker“ und versuchen bei potentiellen Wählerinnen und Wählern an vorhandene Ressentiments gegen Parlamentarier anzudocken.

Als Ausgangspunkt einer „systematischen Schuldneurotisierung“ dient der NPD der

8.Mai 1945, der Tag der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands.

Der Aufruf der Jungen Nationaldemokraten (JN) zu der Gedenkdemostration am 8.Mai 2005 in Berlin stand unter dem Motto „60 Jahre Befreiungslüge - Schluss mit dem Schuld kult, Arbeit statt Vergangenheitsbewältigung“ und fasst zentrale Forderungen der Geschichtspolitik der NPD in wenige Worte. Sie wollen einer Konfrontation mit der NS-Vergangenheit Deutschlands durch



>NPD in Leipzig am 8. Juni 2002

die vorgebliche Konzentration auf aktuelle Themen wie beispielsweise der Sozialpolitik wenn möglich aus dem Weg gehen. Die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit wird als ein veraltetes, nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung ansetzendes und somit der aktuellen Auseinandersetzung unwertes Thema dargestellt.

Weitergehend wird die angebliche „Befreiungslüge“ für die JN zum Ausgangspunkt für sämtliche soziale Probleme umgedeutet: „(..)Täuschen wir uns nicht: Alle Probleme der heutigen Tage, von Arbeitslosigkeit über Globalisierung bis zu Sozialabbau und Souveränitäts- und Identitätsverlust sind direkte Folge der ‚Befreiung‘ und der an-

schließenden Umerziehung der Deutschen.“ Erklärtes Ziel des Geschichtsrevisionismus der NPD ist ein „Schlusstrich“ unter die deutsche Vergangenheit zu ziehen. Dahinter steht der Wunsch, sich als Partei nicht länger identifizieren noch abgrenzen zu müssen von den Verbrechen des Nationalsozialismus. Ein Schlusstrich unter die Deutsche Vergangenheit soll nicht nur vergessen machen, was die Nazis angerichtet haben, sondern es soll auch eine positive deutsche Identität ermöglichen. Der kollektive Nationalismus, den die NPD propagiert und das Einfordern polnischer Gebiete, können nicht mit dem immer präsenten historischen Kontext von Weltkrieg und Shoa eingefordert werden.

■ „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ – Antiindividualismus im Programm der NPD

Neben den offensichtlichen menschenverachtenden Grundlagen der Politik der NPD wie Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus und Revanchismus finden sich im aktuellen Parteiprogramm und auch in den vorhergehenden Grundsatzpapieren und Schriftstücken der Partei weitere Ideologieversatzstücke, die in einer mehr kodierten Form daher kommen, so zum Beispiel der Antiindividualismus. Im folgendem soll dieser, nicht weniger wichtige Aspekt der rechtsextremen Ideologie erläutert und illustriert werden.

Antiindividualismus meint in dem von uns beschriebenen Untersuchungszusammenhang eine geforderte Unterordnung der Bedürfnisse des Einzelnen unter die Gemeinschaft. Wünsche, Ängste und Sorgen des Einzelnen müssen demnach den Erfordernissen, die es an die Gemeinschaft gibt, hinten angestellt werden. Eine demokratische Orientierung an das Individuum wird weder gewünscht noch umgesetzt. Die Gesellschaft soll sich an einer autoritären Elite orientieren, die angeblich weiß, was für die Gemeinschaft das Erforderliche ist und die Gemeinschaft hat diesen Anweisungen Folge zu leisten. Gegenüber anderen autoritären Gesellschaftsmustern wird bei der NPD und anderen rechtsextremen Parteien nicht ohne inhärente Logik von der Volksgemeinschaft gesprochen. Die Volksgemeinschaft formuliert den Gegenpol zum Individuum – nicht zufälligerweise ist dies bei rechtsextremen Parteien und Gruppierungen ethnisch definiert. Das bedeutet, dass nicht nur die antiindividualistische Norm im Parteiprogramm das Problem ist, sondern auch die implizierte Ausgrenzung des „Fremden“. Salopp gesagt – nicht Jede und



>NPD in Berlin am 25. November 2000

Jeder darf an dieser Gemeinschaft teilhaben, erst recht nicht, wenn diese Personen einer angeblichen anderen Ethnie angehören. Entlang der Konstruktion der „Volksgemeinschaft“ durch die nationalsozialistischen Ideologen wird aber auch in der NPD die Volksgemeinschaft nicht nur basierend auf einer Ethnie haluziniert, sondern ist gleichwohl verbunden mit dem Bekenntnis des Einzelnen zur rechtsextremen Ideologie. Das soll heißen, dass ebenso politisch andersdenkende Personen aus dem Konstrukt der Volksgemeinschaft herausfallen. Die Konstruktion der „Volksgemeinschaft“ gegenüber demokratischen Prinzipien ist vor allem deshalb als gefährlich zu betrachten, da dieses Konstrukt einer der vermeintlichen Hauptlegitimationsgründe war, durch die es zur Ausgrenzung, Verfolgung und Deportation von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma und politischen GegnerInnen in Nazideutschland kam.

Sowohl Antiindividualismus als auch das damit verbundene Konstrukt der „Volksgemeinschaft“ lassen sich in einer Vielzahl von Programmen, Texten, Schriften und Reden von FunktionsträgerInnen in der NPD finden. Im NPD-Grund-

satzprogramm zum Beispiel wird entgegen dem liberalen Verständnis von Demokratie der Volksbegriff als „Grundlage“ für die „Würde des Menschen bezeichnet“. Nicht jedes Individuum hat also den gleichen Anspruch auf Würde. Aus diesem rassistischen Volksbegriff folgt im Grundsatzprogramm der NPD auch die Funktion des Staates. So heißt es, dass „[...]der Staat Verantwortung für das Volk trage[...]“. Die Formulierung ist natürlich nicht zufällig gewählt, da dadurch gewährleistet wird, dass der Staat nicht Sorge für jedes einzelne Individuum zu tragen hat. Im Programm der NPD ist somit schon eine inhärente Legitimation für die Ausgrenzung von einzelnen Individuen und Menschengruppen niedergeschrieben[1].

Auch im Parteiprogramm aus dem Jahre 2005 heißt es: „Die Volksgemeinschaft wurde in der BRD zerstört. An ihre Stelle trat eine Ansammlung von Individuen mit egoistischen Zielen“[2] und auch: „[...] Gemeinsame Werte wurden zerstört und die Gemeinsamkeit von Geschichte, Kultur und Abstammung wird durch bewusst herbeigeführten, fortgesetzten Ausländerzustrom vernichtet.“[3] Zwei Sachen werden deutlich – einerseits wird das Individuum der Volksgemeinschaft abwertend gegenübergestellt und andererseits formuliert die NPD durch diese Abwertung schon eine klare Abwertung von migrantischen Mitmenschen und von multikulturellen Ansätzen für die Gesellschaftsordnung. Außerdem glaubt die NPD zu wissen, dass in der BRD „[...] jegliche Form von Gemeinschaft zerstört wird [...]“[4] und kommt zu der vermeintlichen Erkenntnis, dass die liberalen, demokratischen und linken Parteien „[...]die Wahnvorstellung, die

Gemeinschaft sei eine Bedrohung für das Individuum“ [5] haben. Die NPD formuliert im Weiteren recht unmissverständlich, dass sie die Volksgemeinschaft nicht als eine Einengung für die persönliche Entwicklung des Einzelnen hält, sondern dass sie vielmehr den vermeintlichen Individualismus der USA und das Menschenbild, das in Hollywood-Filmen transportiert wird, als „volkschädlich“ ansieht.[6] Die multikulturelle Gesellschaft und MigrantInnen sind demnach die Feinde des „deutschen Volkes“ und die BRD sei ein „Sammelsurium von egoistischen Individuen“, denn es gäbe kein „natürliches Zusammengehörigkeitsgefühl, kein gemeinsames Aussehen, keine gemeinsame Kultur, keine gemeinsame Abstammung, keine gemeinsame Geschichte und keine gemeinsame Sprache.“[7] Vor allem mit dieser unmissverständlichen Aussage wird demnach klar, dass das Individuum für die NPD nichts bedeutet, wenn es nicht klaren rassistischen, kulturalistischen, ethnischen und historischen Ansprüchen unterliegt. Die Gemeinschaft, die durch die NPD formuliert wird, ist also hauptsächlich auf Ausgrenzung und Ablehnung von Individuen ausgelegt. Nicht ohne Grund sieht die NPD die Lösung des angeblichen Problems der „individualisierten Gesellschaft“ der BRD in einem „5-Punkte-Plan zur Rückführung der Ausländer“[8]. Auch in der Sozialpolitik und in der Umweltpolitik der NPD drückt sich dieser rassistische Wahn einer „Volksgemeinschaft“ aus – so heißt es zum Beispiel: „Ein Sozialstaat ist ohne die Solidargemeinschaft eines Volkes nicht machbar“[9] oder auch „An allen Stellen, an denen Einzelinteressen mit Gemeinschaftsinteressen kollidieren, haben sie zu

Gunsten, des Erhaltes der Gemeinschaft zurückzutreten.“[10] Damit bleibt klar, soziale Leistungen sind nur an ethnisch-konstruierte Mitglieder der „Volksgemeinschaft“ auszu zahlen und der Einzelne und seine persönliche Entwicklung muss hinter den Interessen der Gemeinschaft zurückstecken.

Entsprechend dieser Begrifflichkeiten entwickelt sich natürlich auch das Demokratieverständnis der NPD. So kann beobachtet werden, dass „[...]In der „Ideologie der Volksgemeinschaft [...] die Pluralität in sich homogener Völker an die Stelle politischer Vielfalt im Inneren [tritt].“ [11] Also wird Vielfalt nicht zugelassen und auch nicht als legitim angesehen, denn die NPD formuliert, dass „Volksherrschaft eine Volksgemeinschaft voraussetzt.“ Am demokratischen Prozess darf demnach nicht jedes Individuum teilnehmen, sondern nur ein Mitglied der „Volksgemeinschaft“.

Der Antiindividualismus der NPD tritt also vor allem im Konstrukt der „Volksgemeinschaft“ auf und ordnet einerseits individuelle Interessen und Entwicklungen des Einzelnen hinter die Gemeinschaft, die rassistisch durch einen ethnisch-hergeleiteten Volksbegriff bestimmt ist, und formuliert im Rückschluss andererseits ganz klare Ausgrenzungsmechanismen gegenüber Individuen und Gruppen, die nicht zur Volksgemeinschaft gehören. Der Antiindividualismus der NPD ist demnach ein Toröffner für eine antidemokratische, anti-multikulturelle, rassistische und autoritäre Gesellschaft.

Partei Deutschlands (NPD), Eine Handreichung zu Programm, Struktur, Personal und Hintergründen, Berlin 2006, S. 2

[2] Parteiprogramm der NPD, Berlin 2005, S. 10

[3] Parteiprogramm der NPD, Berlin 2005, S. 10

[4] Parteiprogramm der NPD, Berlin 2005, S. 11

[5] ebenda

[6] Vgl. ebenda

[7] ebenda

[8] ebenda, S. 12

[9] ebenda, S. 14

[10] ebenda, S. 72

[11] Brandstetter, Marc; Die NPD im 21. Jahrhundert“ Marburg 2006, S. 107

[1] Vgl.: apabiz e.v., Die Nationaldemokratische

■ Populismus: Orientierung am kleinen Mann

In Publikationen und auch in der regionalen Politik der NPD ist eine Orientierung am „kleinen Mann“ zu beobachten. Das bedeutet, dass die NPD die politische Führung der Gesellschaft durch Parteien auf die eine Seite und das „Volk“ auf die andere Seite stellt, wie zwei gegnerische Parteien. Die NPD will in diesem konstruierten Konflikt für das „Volk“ und deren Bedürfnisse Partei ergreifen. So spielt sich die NPD als Vertreterin der sozial Schwachen auf, will „Parteienfilz“ entgegenreten und mehr Mitsprache für den Durchschnittsverbraucher. Das hört sich alles erstmal gar nicht schlecht an, aber dahinter steckt Populismus, eine Strategie von Parteien mehr Wählerstimmen zu gewinnen, in der komplizierte Sachverhalte auf einfache Lösungen, egal ob richtig oder falsch, reduziert werden. Ob die Forderungen, die die „kleinen Leute“ begünstigen, ernsthaft umgesetzt werden, wenn die NPD einen Machtzuwachs durch mehr Wählerstimmen verzeichnen könnte, bleibt sehr zweifelhaft. Dass die Sicht, von „denen da oben, die regieren“ und „denen da unten, die nichts machen können, außer alles zu schlucken“, verkürzt ist, wird schnell klar, wenn man die Ebenen betrachtet auf denen Politik gemacht wird. Politik findet in Parlamenten statt, die regional, landesweit, bundesweit und europaweite Entscheidungen treffen können. Die Kompetenzen und finanziellen Mittel sind dabei sehr unterschiedlich. Hinzu kommen Politikberatung, Interessenverbände, Nicht-Regierungsorganisationen und mit einem kleinen Anteil auch Wählerinnen und Wähler, die einen Einfluss auf politische

Entscheidungen haben. Wer ist mit „oben“ gemeint und was ist der „kleine Mann“? Ab wann zählt ein Parlamentarier denn eigentlich zu „denen da oben“? Wenn alle gemeint sind, egal auf welcher Ebene, dann dürfte die NPD nicht zu Wahlen antreten, weil es nur eine Frage der Wählerstimmen ist, bis sie selbst zu „oben“ gehört und sich dadurch unglaublich macht. Wenn man sich andere rechtsradikale Parteien in Europa ansieht, die sich genauso wie die NPD über die „Undurchsichtigkeit“ der offiziellen Politik beschweren, gilt hier die Devise: man kann solange auf den andern Parteien rumhacken, bis man selbst in der Regierungsverantwortung ist. Schlagartig wird zumindest nicht mehr auf „oben“ und „unten“ rumgeritten. Das Reduzieren politischer Prozesse auf zwei gegnerische Fronten, bei denen nur „oben“ bestimmen kann, ist zwar einfach zu verstehen, aber falsch. So etwas nennt man schlichtweg Populismus. Trotz alledem gibt es ein Demokratiedefizit in Deutschland und in der EU. Das ist aber nicht an zwei Parteien (oben und unten) festzumachen, sondern hat vielfältige Ursachen, die gewiss nicht durch die verkürzten Parolen des Populismus der NPD beseitigt werden.

■ Die Arbeitsmarktpolitik der NPD

Obwohl die NPD seit einiger Zeit bemüht ist, die neonazistischen und nationalistischen Forderungen der Partei sachlich zu begründen und auf erkennbar neonazistische Aussagen weitestgehend verzichtet, lässt sich die Arbeitsmarktpolitik der NPD auf einen grundlegenden fremdenfeindlichen Nenner reduzieren. In ihrem Berliner Wahlprogramm 2006 heißt es konkret: „Natürlich nehmen Ausländer Deutschen die Arbeit weg“[1]. Mit dieser Behauptung, geprägt von einer aggressiv-rassistischen und fremdenfeindlichen Agitation, werden alle arbeitspolitischen Maßnahmen der NPD begründet. So fordert sie, Arbeitsstellen für „Ausländer“ höchstens befristet zu vergeben und „Fremdarbeiter“ bei Arbeitslosigkeit sofort auszuweisen. Des Weiteren sollen Arbeitsplätze zuerst an Deutsche vergeben werden.[2] In einem Themenflugblatt zur Arbeitspolitik[3] forderte die NPD zudem:

- „Ein nationales Arbeitsplatzsicherungsgesetz, das die Vermittlung von ausländischen Arbeitskräften untersagt, solange qualifizierte Deutsche arbeitslos sind.“
- „Einführung einer Sondersteuer in Höhe der jeweiligen Sozialabgaben für Unternehmen, die Ausländer beschäftigen.“
- „Die Ausgliederung der ausländischen Arbeitskräfte aus der deutschen Sozialversicherung und Abschiebung von Ausländern, die länger als drei Monate arbeitslos sind.“

Der NPD geht es dabei um „deutsche“ Arbeitsplätze. Damit sind nicht allgemein Arbeitsplätze in Deutschland gemeint, sondern nur von Deutschen besetzte Stellen. Für die Arbeitslosigkeit werden „Ausländer“ schnell als Schuldige aus-

gemacht. Arbeitsplätze soll es „zuerst für Deutsche“, eigentlich „nur für Deutsche“ geben. Bei der von den Neonazis konstruierten „Volksgemeinschaft“ geht es vor allem um Ausgrenzung, um den Ausschluss jener, die nicht zur „Nation“ oder zum „Volk“ bzw. der sog. „deutschen Volksgemeinschaft“ gehören – die „Ausländer“. Sie knüpfen mit diesen Forderungen sowohl an den staatlichen, als auch in der Gesellschaft latent vorhandenen Rassismus an und spitzen diesen bewusst zu. Das arbeitspolitische Konzept der NPD geht über dieses Schema kaum hinaus. Wie in



>NPD am 01.05.2006 in Rostock

den letztjährigen Wahlkämpfen offensichtlich wurde, versuchte die NPD durch aggressive Anti-Hartz IV-Rhetorik auf Stimmenfang zu gehen. Was jedoch die von den „Nationaldemokraten“ formulierte Alternative, um Arbeitslose einzugliedern, darstellen soll, zeigte ein programmatischer Beitrag im NPD-Parteiblatt „Deutsche Stimme“ mit dem Titel „Arbeitsdienstpflicht als Gemeinschaftswerk“[4] aus dem Jahr 2000. Darin heißt es unter anderem: „Wer über Angebot und

Nachfrage des freien Arbeitsmarktes keine Stelle bekommt, sollte vom Staat zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet werden.“ Das bedeutet konkret Arbeitspflicht und Arbeitsdienst, in den Erwerbslose zwangsweise eingegliedert werden. Dies ist nicht nur eine autoritäre Zwangsnahme, sondern orientiert sich auch maßgeblich an dem im Nationalsozialismus vorhanden gewesenen, historischen Vorbild des „Reichsarbeitsdienstes“. Deutlich wird also, dass die arbeitspolitischen Maßnahmen geprägt sind von populistischen, rassistischen und nationalistischen Vorschlägen. Über die Denkweise „Arbeit zuerst für Deutsche“ geht das arbeitspolitische Konzept der NPD nicht hinaus. Es wird versucht Zukunfts- und Existenzängste der von Hartz IV oder Agenda 2010 Betroffenen aufzugreifen und einfache Antworten zu finden. Die Lösungsvorschläge der NPD orientieren sich dabei jedoch am Nationalsozialismus und an in der Bevölkerung vorhandenen rassistischen Vorurteilen.

[1] Programm zur Abgeordnetenhauswahl 2006 (Punkt 2.1)

[2] ebd.

[3] NPD-Flugblatt „Arbeit ist Leben! Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit!“

[4] NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ Ausgabe Oktober 2000

■ Anti-Imperialismus und Anti-Amerikanismus im Aktionsprogramm der NPD

Sie kann sich noch so drehen und wenden, den Bezug zur NSDAP kann die NPD einfach nicht abschütteln. Sei es nun, weil sich Mitglieder der Partei positiv auf den Nationalsozialismus beziehen oder, weil die inhaltlichen Parallelen in verschiedenen Bereichen zu offensichtlich sind. Liest man sich den Abschnitt über Außenpolitik im Aktionsprogramm durch, so fragt man sich, wie eine vermeintlich antiimperialistische und pazifistische Außenpolitik überhaupt in ein Weltbild passt, das den militärischen Angriff Deutschlands auf ganz Europa nicht verurteilt, sondern als existenzielle Notwendigkeit ansieht.

Unter der Überschrift „Nationalismus sichert Frieden“[1] werden ziviles Leiden und Kriegshandlungen der USA gegenübergestellt. Dabei werden die USA als Hauptakteur angesehen, die Kriege weltweit verursachen und durchführen und gegen jedes Menschenrecht verstoßen. Ziel der Kriege ist laut NPD die Umsetzung kapitalistischer Interessen in den wirtschaftlich wichtigen Regionen der Welt. Darunter fallen in den Augen der NPD Freiheiten im Finanzmarkt, der Schutz der Interessen von Kapitalbesitzern und die Ausbeutung von Arbeitskräften und Rohstoffen. Neben Krieg spielt dabei auch Propaganda eine wesentliche Rolle: „Um Widerstand gegen diese Ausbeutungslogik zu brechen, muß jede Form der kulturellen Zersetzung gefördert werden.“[2] Werbung und amerikanisches Fernsehen übernehmen die Rolle der Propaganda.

Die Definition des Begriffs „Imperialismus“ wird analog zu anderen Umdeutungen von Begriffen, reduziert auf das Bestreben einer Gruppe über Menschen außerhalb des eigenen Territoriums bestimmen zu wollen. Unter diese Gruppe können laut NPD auch Wirtschaftsunternehmen fallen.[3] In der Politikwissenschaft wird „Imperialismus“ differenzierter definiert, als „das Streben politischer Mächte, über die eigenen Staatsgrenzen hinaus territorial zu expandieren oder ihren politischen, wirtschaftlichen, militärischen und/oder kulturellen Einflussbereich auf Kosten der unterworfenen bzw. penetrierten Gesellschaft auszudehnen.“[4] Der Unterschied zwischen beiden Definitionen ist der Akteur, der laut NPD jede beliebige Gruppe sein kann, die bestimmen möchte und laut Politikwissenschaft, eine politische Macht sein muss. Alle politischen Mächte, sei es nun die



>NPD am 01.05.2003 in Berlin

NATO, die demokratischen Parteien oder Regierungen, sind jedoch in den Augen der NPD „Vasallen für die USA“, die den „Raubzug der Konzerne“ ermöglichen.[5] Sie werden nicht als politische, sondern als wirtschaftliche Akteure wahrgenommen. Die NPD drückt allen diesen Akteuren den Stempel auf, den eigenen Willen mit Dominanz durchsetzen zu wollen. Sie selbst sei im Vergleich dazu darauf aus, Konflikte zu vermeiden, und spricht sich daher für das Konzept des Ethnopluralismus und Nationalismus aus. Der vermeintliche Antiimperialismus der NPD erscheint als Anti-US-Imperialismus, der auf Antiamerikanismus und „Antikapitalismus“ basiert.

Jede Kritik am nationalsozialistischen Deutschland und an der BRD wird vermieden. So liegt zwar die Politik der amerikanischen Siedler gegenüber den Indianern



>NPD-Sticker

historisch keineswegs zu weit zurück, um im Aktionsprogramm Erwähnung zu finden, doch der nationalsozialistische Angriffskrieg 1939-1945 wird stillschweigend übergangen. Der NATO-Einsatz im ehemaligen Jugoslawien 1999 wird erwähnt und kritisiert, die Beteiligung der Bundeswehr jedoch nur in einem Nebensatz erwähnt. Als außenpolitischer Aggressor taucht Deutschland im Aktionsprogramm so gut wie nicht auf. Vielmehr wird suggeriert, Deutschland sei selbst Opfer der USA.

Ein Abschnitt befasst sich vordergründig mit aktuellen politischen Ereignissen wie dem Krieg im Irak, doch könnten die Bilder und Beispiele allesamt auch aus einer Schilderung der nationalsozialistischen Außenpolitik stammen: Ermordung von Zivilisten, Beteiligung großer Konzerne, gezielter Einsatz von Propaganda, massive Verschiebung von Arbeitskräften. Vordergründig verstärkt der Hinweis auf die "größten Katastrophen der Geschichte" diese Assoziation noch, gilt doch der Zweite Weltkrieg vielen Menschen als klassisches Beispiel einer solchen herausragenden historischen Katastrophe.

Dass einerseits Bilder beschworen werden, die die Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen aufrufen könnten, andererseits aber gerade dieser Bezug nicht ausdrücklich hergestellt, sondern vielmehr eine scharfe Kritik an den USA formuliert wird, erinnert an das, was die Autoren und Autorinnen einer Studie über die mündliche Tradierung historischer

Erfahrungen als "Wechselrahmung" bezeichnet haben. Harald Welzer u.a. verwenden diesen Begriff als Bezeichnung von "Opferchaftskonstruktionen", in denen die eigene (deutsche) Identität "aus Versatzstücken komponiert [wird], die man eher aus den Dokumenten über die Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung kennt. [...] Es wird ein Rahmenschema, das ursprünglich die Beschreibung eines ganz anderen Geschehens

gramms eher bestätigt als in Frage gestellt. Im Aktionsprogramm heißt es, hinter der US Außenpolitik stünden finanzpolitische Interessen. Weiter heißt es, die "völkerverachtenden Strategen der US-Regierung" ließen sich "mit dem Begriff 'US-Ostküste' am besten symbolisch klassifizieren." Damit wird ein klassisch rechtsradikales Denkmuster bedient, das Anton Maegerle in der Formel "Globalisierung = Amerikanisierung = Judaisierung" zusammengefasst hat. Maegerle und andere Autoren und Autorinnen haben darauf hingewiesen, dass "Finanzkapital" (bzw. "Ostküste") unter Anhängern antisemitischer Positionen gängige Codes für eine vermeintliche jüdische Weltverschwörung sind, die gern mit der US-Außenpolitik in Verbindung gebracht wird. Maegerle schreibt dazu: "Mittlerweile verschmelzen bei Rechtsextremisten die Feindbilder USA und Israel sprachlich zu einem, so wenn Neologismen in Umlauf gesetzt werden wie 'USrael', 'Busharon' oder 'JEWUSA' oder wenn Worte wie 'Ostküste' oder 'Wallstreet' sowohl im antiamerikanischen wie im antisemitischen Sinne gedeutet und verwendet werden. [...] Den USA und dem hinter diesem angeblich stehenden Judentum wird verschwörungstheoretisch unterstellt [...] eine Weltherrschaft anzustreben." [7]

Diese von Maegerle referierten Positionen werden im außenpolitischen Abschnitt des NPD-Aktionsprogramms zwar nicht ausdrücklich formuliert, es wird aber dennoch dazu eingeladen, sie stillschweigend zu ergänzen, insbesondere durch den Hinweis auf die "US-Ostküste."

kontextualisierte, genommen und einem anderen Geschehen umschrieben." 6 Bilder, die stark an nationalsozialistische Verbrechen erinnern und geeignet sind, heftige emotionale Reaktionen hervorzurufen, werden so eingesetzt, dass gerade nicht an deutsche Kriegshandlungen gedacht wird. Vielmehr kommt die durch die teilweise pathetische Sprache noch verstärkte Emotionalität der Konstruktion des Feindbildes USA zugute.

Auch antisemitische Einstellungen werden durch die Ausführungen des Aktionspro-



>NPD am 11.02.2006 in Dresden

Fazit

Die NPD macht die USA bzw. die „US-Ostküste“ als alleinigen Akteur für weltweite Entwicklungen aus. Diese Sicht stützt sich auf eine verkürzte Kapitalismuskritik. Damit gehen antisemitische Unterstellungen und Antiamerikanismus einher, die auch jenseits des rechtsextremen Lagers auf Zuspruch stoßen. Der Pazifismus, den die NPD dabei an den Tag legt, gilt nicht allen Kriegen, sondern nur denen, die von den USA ausgehen.

[1] Aktionsprogramm der NPD S. 49

[2] Ebd. S. 51

[3] Ebd. S. 52

[4] Nohlen, Dieter: Imperialismus, in: Nohlen, Schultze: Lexikon der Politikwissenschaft, Verlag C.H. Beck, 2002

[5] Aktionsprogramm NPD S. 54

[6] Harald Welzer, Sabine Moller, Karoline Tschuggnall: Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Fischer Verlag 2002

[7] Friedrich Paul Heller/Anton Maegerle: Die Sprache des Hasses. Rechtsextremismus und völkische Esoterik - Jan van Helsing, Horst Mahler..., Schmetterling Verlag, Stuttgart 2001

■ Die Migrations und Asylpolitik der NPD - Inländerfreundlich?

Rechtsextreme Parteien, wie die NPD, stehen traditionell für Parolen wie das bekannte „Ausländer raus!“. Dennoch lässt sich diese Phrase in keinem der aktuellen Programme der NPD finden.

Haben inzwischen etwa selbst Neonazis begriffen, dass MigrantInnen nicht das Problem sind und sich von den alten Parolen abgewandt?

Bei genauerer Betrachtung des NPD Programms, wird jedoch schnell das Gegenteil deutlich. Die alten Forderungen wurden nur verklausulierter formuliert. Einen ersten offensichtlichen Anhaltspunkt bietet hier z.B. ein Plakat des letzten Wahlkampfes, auf dem die Partei sich als „inländerfreundlich“ bezeichnet, wobei der nahe liegende Umkehrschluss hier natürlich auf das bekannte „ausländerfeindlich“ hinausläuft. Im aktuellen „Aktionsprogramm neues Berlin“, wird zudem „Multikulti“ als Einheitsbrei und schädlich für die jeweiligen Kulturen dargestellt. Die „nationale Vielfalt“ werde hier bedroht und könne nur durch eine konsequente Trennung der „Ethnien“ erreicht werden. Wie die NPD allerdings zu dem Schluss kommt, dass verschiedene Kulturen im Gegensatz zu einer einzigen einen „Einheitsbrei“ darstellen können, wird wohl nur einer kleinen Minderheit einleuchten. Schlussendlich wird auch wieder einmal die „schrittweise Ausländerrückführung“ gefordert, die im Endeffekt nur das klassische „Ausländer raus“-Konzept darstellt. Die angesprochene, räumliche „Trennung der Ethnien“ ist ebenfalls trotz moderner Formulierung keine neue Idee, schließlich wurde Ghettoisierung bereits vor

70 Jahren von den Nationalsozialisten fleißig betrieben. Ein weiteres wichtiges Thema, neben den „normalen“ MigrantInnen, stellt die Asylpolitik Deutschlands dar. Die NPD setzt



sich hier für eine „konsequente Abschiebung von Asylbetrüggern“ ein. Insgesamt sei das Asylgesetz zu lasch und Deutschland ein „Magnet für Asylanter“. Tatsächlich werden jedoch ca. 95% aller Asylanträge abgelehnt [1]. Wenn die NPD jetzt also den Anteil von 5% an bewilligten Anträgen drastisch senken will, bedeutet dies die praktische Abschaffung des Asylrechts, was allerdings verfassungswidrig wäre. Dem angeblichen „Zustrom illegaler Ausländer“ will die NPD zusätzlich durch ein Aufheben des „Schengener Abkommens“ entgegenzutreten, um so die „offenen“ Grenzen Deutschlands wieder schließen zu können. Zum wiederholten Male

werden hier reale Fakten einfach ignoriert: Das Schengener Abkommen öffnet zwar die Grenzen innerhalb der EU, sorgt jedoch gleichzeitig für eine hermetische Abriegelung der EU- Außengrenzen und schafft so eine regelrechte „Festung Europa“. Die von der NPD kritisierten „offenen Grenzen“ Deutschlands kommen illegalisierten Flüchtlingen also in keinsten Weise zugute. Für die deutsche Ostgrenze besteht zudem eine Sonderregelung, die trotz des EU- Beitritts Polens und der Tschechischen Republik, für eine großzügige Übergangszeit sorgt, in welcher weiterhin Kontrollen an der deutschen Ostgrenze durchgeführt werden, bis die neue EU Ostgrenze gegen MigrantInnen „abgesichert“ ist. Dies geschieht sogar mit deutscher Unterstützung durch den, mittlerweile in „Bundespolizei“ umbenannten, Bundesgrenzschutz (BGS). Insgesamt lässt sich resümieren, dass die NPD nach wie vor an ihrer ausländerfeindlichen Politik festhält. Bei ihrer Argumentation stützen sie sich dabei mehr auf ein diffuses Angstgefühl in der deutschen Bevölkerung gegenüber Fremden als auf tatsächliche Fakten. Außerdem wurden die alten, platten Parolen durch modernere Formulierungen ersetzt, die teilweise erst auf den zweiten Blick die wahre Gesinnung offenbaren. Einerseits werden so strafrechtlich relevante Aussagen vermieden, andererseits wird versucht in der deutschen Mehrheitsgesellschaft salonfähig zu werden. Denn eindeutig rechtsextreme und ausländerfeindliche Agitation, führt meistens nur zu ebenso eindeutiger Ablehnung durch Medien und Öffentlichkeit.

[1] Quelle: Pro Asyl

■ NPD und Europapolitik

Globalisierung ist seit mehreren Jahren Kampfhema der extremen Rechten. Ihre konzeptionellen Alternativen zur Globalisierung sind, anders als die der meisten globalisierungskritischen Akteure, tatsächlich „antiglobal“, nämlich nationalistisch und völkisch. Diese „antiglobale“ Haltung äußert sich auch in der Bewertung supranationaler Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank oder der Europäischen Union. Zu letzterer Institution hat die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ein politisches Europaprogramm erarbeitet. Dieses Programm und die Europapolitik der NPD sollen im Folgenden durchleuchtet werden.

Europäische Union, Einwanderung und Ethnisierung des Sozialen

Das gemeinsame Moment rechtsextremer Politik ist die Ablehnung von Einwanderung und „multikultureller Gesellschaft“. Die national-partikulare Ablehnung der Globalisierung und der mit ihr verbundenen ethnischen Pluralisierung der westlichen Staaten ist damit zum identitären Gravitationszentrum rechter Politik und Propaganda geworden. Dass diese ethnische Pluralisierung der modernen Gesellschaften nicht ausschließlich auf die jüngste Globalisierungsdynamik seit den 70er Jahren zurückzuführen ist, sondern historisch einerseits an die koloniale Globalisierung und andererseits an die postkoloniale und „Gastarbeiter“-Migration der Nachkriegszeit gebunden ist, wird dabei durch die Rechtsextremen vernachlässigt.

Auch für die NPD ist zentral, dass nicht einfach weitere Einwanderung abgelehnt wird, sondern dass gesellschaftliche Probleme ur-

sächlich an die Einwanderung geknüpft werden. In dieser Verknüpfung resultieren alle Probleme wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Wohnraumknappheit aus der Einwanderung. Durch diese Definition der Rechtsextremen kommt es zur Ethnisierung des Sozialen.

In diesem Kontext sieht die NPD auch die Ausländerpolitik des von ihr gewünschten Europas. Kritisiert werden u.a. der Amsterdamer Vertrag von 1997, in dem eine EU-weite Asyl-, Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik vereinbart wurde. Asylbewerber/-innen sind der NPD nach „überwiegend Betrüger, die keine politische Verfolgung erleiden“ und zudem zu einem Abbau der Sozialleistungen innerhalb der europäischen Staaten führen würden.

Generell gilt für die NPD, dass jeder Staat autonom entscheiden soll, ob er „Ausländer“ aufnimmt. Aus diesem Grund lehnt die NPD die allgemeinen Bestimmungen der EU zu Migrant/-innen ab. „Für Deutschland gilt, daß es keinen Rechtsanspruch eines Ausländers gegenüber der Volksgemeinschaft geben darf. Das deutsche Volk entscheidet, wem es Asyl gewährt.“ Damit steht die geforderte EU-Politik in einer Linie mit der Agitation der NPD gegen Einwanderung und „multikulturelle Gesellschaft“. Dabei bezieht sie sich auf die traditionellen biologistischen und raumorientierten Diskurse der alten Rechten, wonach sich auf den ethnisch und politisch homogenen Nationalstaat fixiert wird.

Die Europäische Union als „Zerstörung von Volk und Nation“

Globalisierung eignet sich in besonde-

rem Maße als Projektionsfläche für rechtsextreme Glaubenssätze des Nationalismus und Rassismus. So sehen Rechtsextreme in der Globalisierung ein Medium zur „Zerstörung von Volk und Nation“. Während die von der Globalisierung erzeugte Tendenz zur Denationalisierung und Interdependenz die realen Handlungsräume und Souveränitäten der Nationalstaaten vermindert, stellen sich Rechtsextreme als die Bewahrer des Nationalen dar und nähren die Illusion einer Rückkehr zur traditionellen nationalen Selbstgenügsamkeit. Die NPD propagiert ebenfalls diese Position.

Für die Ideologie der NPD bleibt deshalb der zentrale Punkt die Vorstellung ethnisch und kulturell homogener Nationen. Das Europa der NPD soll demzufolge aus dieser Art von „Volksnationen“ bestehen. Staaten, die europäischen in diesem Fall ebenso, sind jedoch der NPD folgend nur mit voller Souveränität denkbar. Entsprechend kann die NPD eine Einschränkung staatlicher Souveränität nur schwerlich zulassen.

„Demzufolge ist ein staatsähnliches Gebilde, das keine nationalstaatliche Souveränität kennt, also beispielsweise über keine Befehlsgewalt über die eigenen Streitkräfte, kein eigenes Grenzregime und über keine eigene Währung verfügt, kein Staat. Deshalb handelt es sich – geistesgeschichtlich betrachtet – bei der BRD um eine reine Besatzungsorganisation.“

Einschränkungen der Souveränität wie supranationale Kompetenzverlagerungen wie im Fall der Europäischen Union, oder eine die eigene Befehlsgewalt schmälernde Militärorganisation wie die NATO werden folglich

durch die NPD abgelehnt. Die heutige Europäische Union, in deren politischen Zentrum „die Durchsetzung der Globalisierungsideologie“ steht, zerstört der NPD folgend die Völker und Nationen Europas und muss aus diesem Grund als Institution abgeschafft werden.

Insbesondere der bislang gescheiterte Verfassungsvertrag der EU sorgt bei der NPD für Protest, da sie um die Souveränität und die nationale Identität Deutschlands und anderer europäischer Staaten fürchtet. „Wie befreundete nationale Parteien und Organisationen in ganz Europa sehe auch die NPD in der von den europäischen Altparteien konzipierten EU-Verfassung ein Instrument bürokratischer Gängelung und undemokratischer Bevormundung. Zudem bereite sie das institutionelle Fundament einer europaweiten ‚multikulturellen Gesellschaft‘, die von der Geschichte ‚längst auf den Friedhof linker Lieblingsideen befördert‘ worden sei.“ Sichtbar wird erneut die fremdenfeindliche



>NPD am 12. März 2000 in Berlin

Aufladung der EU-Politik und der Wunsch der Durchsetzung der völligen Souveränität Deutschlands. Geradezu Horrorszenarien werden durch die NPD konstruiert. Der EU-Verfassungsvertrag sei eine „Schicksalsfrage“ des deutschen Volkes und würde die nationale Selbstbestimmung demontieren. Aus diesem Grund sei ein solcher völkerrechtlicher Vertrag zu verhindern.

Das „Europa der Nationen“

Als Alternative zur heutigen Europäischen Union fordert die NPD einen europäischen Bund. In Propagandaschriften wird hier von einem „Europa der Nationen“ gesprochen.

In diesem Staatenbund sollen die Staaten ihre volle Souveränität behalten. Allenfalls in einigen wenigen Politikfeldern wie dem Umweltschutz, der Inneren Sicherheit oder in einigen Fällen der Verteidigungspolitik ist eine überstaatliche Regelung vorstellbar.

Zu diesem europäischen Staatenbund gehören der NPD folgend die Menschen, die eine weiße Hautfarbe aufweisen und ethnisch „griechischer, romanischer, germanischer, keltischer und slawischer Herkunft“ sind. Dieser stammesgeschichtlichen Einordnung von europäischen Staaten gehört infolgedessen zwar Russland an, jedoch nicht die Türkei.

Europa wird somit als ein Gebiet aus historisch, ethnisch und kulturell miteinander verbundenen Nationen verstanden. Zudem wird eine hervorragende Stellung der europäischen Kulturen konstruiert. Diese Kulturleistungen werden durch „außereuropäische, vor allem US-amerikanische ‚Werte‘, die den geistigen, kulturellen und vor allem biologischen Bestand der europäischen Völker

zunehmend gefährden“, verdrängt.

Zu diesen Werten zählen für die NPD die Implikationen eines liberalen Staats- und Wirtschaftsbegriffes wie Arbeitsmigration, Kapitalflucht oder Abbau sozialer Versorgungsnetze. Dem setzt die NPD eine „raumorientierte Volkswirtschaft“ entgegen, die autark ausgerichtet und protektionistisch und wohlfahrtsstaatlich organisiert ist.

Der Europäische Bund innerhalb der Großraumordnung

Die NPD orientiert sich bei ihrer Europapolitik stark an dem Politikbegriff von Carl Schmitt. Demzufolge ist die Einteilung der Welt in Freund und Feind als identitätsstiftender Antagonismus aller politischen Einheiten notwendig. Ohne diese Einteilung kann es „die Menschheit“ nicht geben. Die Orientierung auf diesen Politikbegriff lässt nur eine Welt zu, die demnach zwingend in mehrere abgegrenzte, durchaus auch feindlich eingestellte Kulturen oder Kulturkreise unterteilt ist.

Europa ist ein solcher Kulturkreis. Deshalb will die NPD „eine auf Europa bezogene, völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, (Carl Schmitt)“. Als „raumfremde Mächte“, deren Einmischung sich in Europa verbietet, werden durch die NPD die USA, Israel und die Türkei als Exponent der islamischen Welt definiert. Von Großbritannien wird angesichts der starken Bindung an die USA erwartet, dass es sich für eine Seite entscheidet.

In diesem Europa ist Deutschland selbstverständlich das starke, hegemoniale Zentrum. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass Deutschland als „Großdeutsches Reich“

gedacht wird und damit das bevölkerungsreichste und flächenmäßig größte Land ist.

Die „Festung Europa“ aus Sicht der NPD

Die NPD schafft es innerhalb ihrer Europapolitik den Begriff der „Festung Europa“ noch einmal restriktiver zu gestalten. So bezeichnet dieser Begriff bei der NPD nicht mehr nur die Abschottung des Kontinents gegen unerwünschte Migrationströme, sondern wird durch die rechtsextreme Partei um wirtschaftliche, kulturelle und militärische Dimensionen erweitert.

Die wirtschaftliche Dimension umfasst die „raumorientierte Volkswirtschaft“, die durch Schutzzölle von anderen Wirtschaftsräumen abgeschirmt wird.

Die kulturelle Dimension beinhaltet die Wahrung regionaler Besonderheiten und Charakteristiken der europäischen Völker. Dies bezieht sich zum einen auf Sprache und Tradition, sowie auf die Verhinderung eines von außen herbeigeführten Wandels durch Migration oder „Kulturimperialismus“ unter dem Stichwort Amerikanisierung.

Die militärische Dimension läuft bei der NPD unter dem Stichwort „Europäischer Verteidigungspakt (EVP)“. Diesem Bündnis gehören sämtliche Mitglieder des europäischen Bundes an. Militärisch sollen die „gemeinsamen Lebensinteressen“ verteidigt und das Interventionsverbot für „Raumfremde“ durchgesetzt werden. Der EVP soll der NPD folgend „die proamerikanische und somit europafeindliche NATO ersetzen“. Um die militärische Souveränität zu sichern, wird im gleichen Zuge die Aufrüstung Deutschland mit Atomwaffen gefor-

dert.

Fazit

Die Europapolitik der NPD zeichnet sich durch verschiedene rechtsextreme Argumentationsstrukturen aus, die je nach Themenfeld sichtbar werden.

Offen tritt der sogenannte Ethnopluralismus zu Tage, welcher kaum mehr ist als ein vermeintlich wertungsfreier Rassismus. Zwar wird nicht offen die Überlegenheit einer Kultur oder „Rasse“ über eine andere behauptet, dennoch wird die strikte Trennung von „Rassen“, Kulturkreisen bzw. Kulturen unter dem Deckmantel der zu konservierenden kulturellen Pluralität gefordert.

Gleichzeitig werden soziale Fragen durch die NPD durch ethnische Faktoren aufgeladen.

Ebenso sichtbar wird der Großmachtsgedanken der NPD. Deutschland soll das Zentrum Europas werden. Dabei wird geschichtsrevisionistisch das „Großdeutsche Reich“ gefordert.

Antiamerikanische und antisemitische Stereotype werden über die Konstruktion von „raumfremden Kräften“ transportiert.

Die scheinbare „Friedensliebe“ der NPD nach dem Beginn des Irakkrieges im Jahr 2003 relativiert sich stark bei der Betrachtung der militärpolitischen Vorstellungen. Deutschland soll weiter aufrüsten und dies sogar mit Nuklearwaffen.

Um jedoch diese Vorstellungen vollständig umzusetzen, gibt es für die NPD nur eine Lösung: die Auflösung der Institution Europäische Union und die Schaffung eines „Europas der Vaterländer“.

-
- [1] Europa Programm der NPD 2005, S.16
- [2] Vgl. ebenda, S.16
- [3] ebenda, S.16
- [4] ebenda, S.6
- [5] Vgl. Presseerklärung Marx (NPD-Fraktion Sachsen): „Nein zur EU-Verfassung!“, 17.2.2005
- [6] ebenda
- [7] Vgl. Presseerklärung NPD-Fraktion Sachsen: „Verfassungsklagen gegen EU-Verfassung führen zur Aussetzung der Unterschrift des Bundespräsidenten“, 16.6.2005
- [8] Europa Programm der NPD 2005, S.10
- [9] ebenda S.10
- [10] ebenda S.5
- [11] ebenda S.7
- [12] Vgl. Carl Schmitt 1932: „Der Begriff des Politischen“
- [13] Europa Programm der NPD 2005, S.9
- [14] ebenda, S.9
- [15] ebenda, S.9
- [16] ebenda, S.9
- [17] ebenda, S.14
- [18] ebenda, S.18
- [19] ebenda, S.9
- [20] ebenda, S.18

■ Sozialismus und Revolution?! Was ist los im rechten Lager? Ein Versuch der Analyse am Beispiel der NPD...

Sozial-revolutionär, antikapitalistisch, die Alternative zum bestehenden System sein – Schlagwörter, die zum festen Programm der NPD gehören. Schlagwörter wie sie aus dem linken Repertoire bekannt sind und so gar nichts mehr mit den Inhalten der national-konservativen Partei der ehemaligen Wehrmachtsangehörigen und Hitlerromantikern zu tun haben. Während die heutige NPD den grundlegenden Umsturz fordert, verortete sie sich in den frühen Jahren im christlich-konservativen Spektrum der Parteienlandschaft der Bundesrepublik: Adolf von Thadden, der der Partei von 1967 bis 1971 vorsah, äußerte sich damals am Rande einer Veranstaltung folgendermaßen: „Die NPD ist eine demokratische Partei in einem demokratischen Staat. Die NPD ist in einem Mehrparteiensystem mit ihren Auffassungen eine Partei neben anderen Parteien.“ [1] Udo Voigt, seit 1996 Vorsitzender, sieht das heute anders: „Wir wollen nicht der ‚rechte Flügel‘ in diesem Parteienklüngel sein, sondern die Alternative zu diesem“. Die NPD sei nicht mit den anderen Parteien, „sondern gegen sie“.[2] Doch wie entwickelt sich eine christlich-konservative und besitzbürgerliche Partei - der „Schutz des Eigentums“ wurde in den Grundsätzen von 1964 postuliert - zu einer revolutionären Kaderpartei, welche einen sog. „Nationalen Sozialismus“ fordert?

Um breite gesellschaftliche Schichten anzusprechen und zu erreichen, bedient sich die NPD ganz im Sinne ihres verkündeten strategischen Ziels einer „kulturellen Hegemonie“

(vermeintlich) linker Symboliken, Stile, Dress- und Sprachcodes.[3] Inhaltliche Anknüpfungspunkte sind die „befreiungsnationalistische“ Ideologie und diffuse antikapitalistische Stimmungen infolge einer weitverbreiteten sozialökonomischen Unzufriedenheit. Mit der Vermischung aus marxistischen und völkischen Begrifflichkeiten bieten sie einen vermeintlich „Dritten Weg“ an, jenseits der beiden Großsysteme Kapitalismus und Sozialismus. Nach dem erhofften „volksrevolutionären“ Umsturz sollte der „Nationale Sozialismus“ an die Stelle des Systems rücken. Ein Wandel fand bereits in den 70er und 80er Jahren statt. Rechtskonservative Denker warfen der Bundesdeutschen Rechten vor, die gesellschaftlichen Veränderungen zu ignorieren und dem entsprechend die eigene Ideologie nicht anzupassen. In Anlehnung an den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci wird das Ziel erstellt, an den gesellschaftlichen Diskursen nicht nur zu partizipieren, sondern diese auch zu beeinflussen.

Damit soll der „Kampf um die Köpfe“[4] gewonnen und die „kulturellen Hegemonie“ errungen werden. Angestrebt wurde ein sog. Moderner Nationalismus mit einer verkürzten anti-imperialistischen und anti-kapitalistischen Phraseologie. Bspw. wurde die BRD in eine Reihe mit anti-kolonialistischen Befreiungsbewegungen gestellt, die gegen die sog. imperialistischen Besatzungsmächte, im Westen hauptsächlich

die USA und im Osten die „Russen“, kämpfen müsse. Verbunden mit dem Konzept des „Ethnopluralismus“[5] wurde zunehmend „die Solidarität aller unterdrückter Völker“ propagiert. Dass diese Strategie, sofern sie als solche betrachtet werden kann, nicht überall in der Naziszene auf Gegenliebe stieß, zeigte etwa die Abspaltung der ANR (Aktion Neue Rechte) von der NPD, die einerseits sozialpolitische Themen mehr in den Vordergrund rücken wollten, andererseits ihre „revolutionären“ Ansichten aber so wenig vermitteln konnte dass eine Zusammenarbeit in der noch konservativen Partei erst einmal nicht möglich war. Was das Besetzen von Inhalten in „rechten“ Parteien anging, entschied man sich aus „neurechter“ Sicht gegen NPD und DVU. Sinnvoller erschien es damals den „neurechten“ Ideologen sich auf die JN zu konzentrieren. Der Nazi Günter Deckert[6], der sich bereits in den 60er Jahren an „national-revolutionären“ Diskursen beteiligte, brachte die JN als Vorsitzender auf entsprechenden Kurs. Durch diese Neuausrichtung konnte die JN ihre Mitgliederzahl verdoppeln, was die NPD, die im Gegensatz zu

ihrer Jugendorganisation weiter Mitglieder verlor, dazu veranlasste die Sozialismusthese der JN zu übernehmen und ihr Programm den gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Jedoch konnte sie in den alten Bundesländern damit keine Wahlerfolge erzielen. Erst nach der Wiedervereinigung war es der rechtsextremen Partei möglich sich mit ihrem Ideologiemix in den neuen Bundesländern, wo andere gesellschaftliche Voraussetzungen anzutreffen waren und sind, zu etablieren.[7]

Und heute?

Wenn man sich heute das Parteiprogramm der NPD ansieht, dann gleicht der inhaltliche Kern den Grundsätzen der „neurechten“ Splittergruppen vor dreißig Jahren exakt. Damals war und heute ist die Rede von „Selbstbehauptung und Wahrung der Vielfalt der Völker und Kulturen“, „sozialer und nationaler Integration des Menschen in die solidarische Ordnung des Volkes“ und „der Evolution in allen ökonomischen, sozialen und technologischen Fragen“. In der rechten Szene hat sich die Partei so mittlerweile als angeblich antikapitalistische Kraft etabliert; nicht umsonst dominiert sie themenbezogene Bündnisse und Kampagnen.[8] Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Kritik an den Folgen der kapitalistischen Globalisierung, versuchten die Nazis sich bereits frühzeitig auch in der Antiglobalisierungsbewegung zu verankern. Dabei kam ihnen ihre bisher erreichte inhaltliche und personelle Verankerung vor allem in der sog. Ökologiebewegung sehr entgegen. Mit dem Slogan „Sozialismus ist machbar“ trat die NPD in den neuen Bundesländern zu den Wahlkämpfen an. Sie schien



>NPD am 1. Mai 2004 in Berlin

damit die Aufforderung des ehemaligen Republikaner-Vorsitzenden Franz Schönhuber aufzugreifen, der „für einen linken Flügel bei den Rechten“ plädiert hatte. Der Begriff des Sozialismus spielt dabei für die Strategie in Ostdeutschland eine entscheidende Rolle. Bei näherem Hinsehen lässt sich aber relativ schnell erkennen, dass er instrumentalisiert und im nazistischen Sinne mit neuem Inhalt gefüllt wird, wie bereits 1979 von der JN in den „20 Thesen zum Sozialismus“ ausgeführt wird: „Sozialismus ist für uns Junge Nationaldemokraten das an die Volksgemeinschaft gebundene, ordnungspolitische... Modell des Nationalismus... Sozialismus überwindet den Klassenkampf von oben und von unten, die Ausbeutung, Entfremdung und Entmündigung der Menschen durch Bonzen und Funktionäre... Im Sozialismus mündet der scheinbare Gegensatz von Kapital und Arbeit in die am Gemeinwohl ausgerichtete Volksgemeinschaft.“[9] Damit versucht sich die NPD, im Gegensatz zu ihren Anfängen, den aktuellen Themen und gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Folgerichtig stehen Hartz 4, Globalisierung und das Treffen der G8 auf ihrer Agenda. Gemixt mit antisemitischen Chiffren, in denen Begriffe wie „Ostküste“ und „Wallstreet“ dazu dienen eine jüdische Weltverschwörung[10] zu konstruieren, wird versucht kapitalismuskritisch zu argumentieren und an bestehende antisemitische Vorurteile anzuknüpfen. Unterstützt wird sie dabei vom Partei-Organ „Deutsche Stimme“ die z.B. ganz offen die vermeintliche „Schlüsselstellung von Juden in den privaten und staatlichen Machtzentren des Weltkapitalismus“ beschreibt.

Ideologische Eckpfeiler ihrer Kapitalismuskritik:

a) Basis des rechten Antikapitalismus ist nach wie vor die Unterscheidung von „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital. Letzteres, das (böse) raffende Geld- und Finanzkapital, weil es sich augenscheinlich ohne konkrete Arbeit vermehrt und an keine nationalstaatliche Grenze gebunden ist, wird zur Ursache allen Übels erklärt.[11] Gegen Lohnarbeit und (gutes) „schaffendes“ Industriekapital hatten und haben die Nazis hingegen nichts einzuwenden. Dabei gibt es nur eine Einschränkung, nämlich, dass beide ausschließlich zum Wohle der „Nation“ bzw. des „Volkes“ eingesetzt werden. Das propagierte Ideal ist die völkisch-nationale Verwertungsgemeinschaft, in der zwar auch ausgebeutet wird, aber Deutsche durch Deutsche und in der der Profit der Reproduktion und Stärkung des „deutschen Volkes“ dient.

b) Wird die Schuld dem sog. verzinnten Geldsystem bzw. denjenigen die „den Zins geben“ (zumeist wird dies auf Juden projiziert) zugewiesen.

c) personifizierte Kritik, d.h. Kapitalismus wird nicht als ökonomisches System begriffen sondern als Weltanschauung in der die Anhänger dessen, zu Gunsten materieller Ziele, Nationen, „Völker“ und „deren Kulturen“, Traditionen usw. zerstören wollen. Und da kommt der NPD die deutlich werdenden Tendenzen zur Personalisierung und Konkretisierung von abstrakten ökonomischen Verhältnissen gerade recht.[12] Denn diese führen dazu, dass man sich

bei immer komplizierter werdenden Prozessen, die Welt eher weniger über Abstraktionen sondern vielmehr über bipolare Bilder von Gut und Böse, Vorurteile und Banalisierungen erklärt.

Fazit:

Wenn auch der Antikapitalismus zur aktuellen Strategie der NPD und der JN speziell in den neuen Bundesländern gehört, so ist er doch alles andere als wirklich neu. Festzuhalten ist vielmehr, dass hier, wenn auch rhetorisch modifiziert, zu den historischen Wurzeln des Nationalsozialismus zurückgekehrt wird. Dieser war gemäß seinem Selbstverständnis nicht nur eine nationale, sondern zugleich eine antikapitalistische (sozialistische) Revolution. Allerdings hat der dem völkischen Antikapitalismus zugrundeliegende Kapitalbegriff rein gar nichts mit dem der „Linken“ zu tun. Es geht auch gar nicht gegen den Kapitalismus, sondern um einen „Modus“, der „Erhaltung des deutschen Volkes und seines ökologischen Lebensraumes“. Es geht um die sozialdarwinistischen Prinzipien, dem „Kampf ums Dasein“, „das Recht des Stärkeren“ und „Auslese“, verbunden mit der rassistischen „Überbevölkerungs“-Propaganda. In diesem Zusammenhang werden „ewige“ und „unveränderliche“ Gesetzmäßigkeiten bzw. Ganzheiten, z.B. Rassen, Nationen sowie „wesenhafte“ Unterschiedlichkeiten von Menschen festgeschrieben, in dem jedes „Volk“ an einem vorherbestimmten Platz steht und dort eine Funktion zu erfüllen hat. Das hierbei dem eigenen Land ein Gewinnerstatus garantiert werden soll ist die zentrale Forderung der NPD. Dem entsprechend ist das nicht mal eine verkürzte Kapitalismuskritik, sondern gar keine.

[1] Staud, Toralf: „Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD“; S. 69

[2] Vgl.: ebenda

[3] Durch die langsame Öffnung der NPD für Jugendkulturen jenseits der Skinheads, hat linke Symbolik in das Außenbild der Partei Eingang gefunden.

[4] Der „Kampf um die Köpfe“ ist Teil des „Drei-Säulen-Konzeptes“ des Nationalen Hochschulbundes (NHB), das das Ziel der „kulturellen Hegemonie“ verfolgt. Demnach gibt es drei Aktionsfelder, in denen sich die Aktivist_innen der NPD engagieren sollten. Dazu gehören der Kampf um die Köpfe, der Kampf um die Straße und der Kampf um die Parlamente.

[5] Modell einer heterogenen Welt homogener „Völker“.

[6] Geb. 1940, Rechtsextremist und Holocaustleugner. Studierter Lehrer, der 1988 nach dem 3. Disziplinarverfahren entlassen wurde. Seit 1966 Mitglied der NPD, Gründungsmitglied der JN, 1972 NPD-Bundestagskandidat, Anfang der 90er Hochzeit als Holocaustleugner, 2005 Landesvorsitzender der NPD Baden-Württemberg, seit 2005 seiner Ämter bei der NPD enthoben; vgl.: http://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%BCnter_Deckert.

[7] Es sind im Osten nicht unbedingt wirtschaftliche oder demografische Gründe, sondern die Mischung aus Einstellungspotential und Modernisierungsverlierer macht es. Die rechten Einstellungspotentiale gibt es in der ganzen Bundesrepublik, im Osten haben die Leute nur weniger Angst vor autoritären Systemen. 6,5% der Ostdeutschen würden eine Diktatur befürworten. Im Westen sind es 4,4 %. Vgl.: FES-Studie „Vom Rand zur Mitte“.

[8] z.B. die so genannte „Gib8“ oder die „Antikap-Kampagne“ (rechte Bündnisse in denen die NPD mit den so genannten „freien Kräften“ zum G8 in Deutschland und zum rechten Antikapitalismus arbeiten wollte)

[9] Staud: „Moderne Nazis“; S. 87

[10] Eine jüdische Weltverschwörung als Ursache sozialer Verschlechterungen.

[11] Wenn Nazis von Kapitalisten oder Finanzkapital reden oder schreiben meinen sie zumeist Menschen jüdischen Glaubens.

[12] Die NPD hat die antisemitische Kapitalismuskritik nicht erfunden, sondern teilt sie.

■ Rechtsextremismus: Warum wir diesen Begriff verwenden

Sie nennen sich selbst „Nationalisten“, „Patrioten“ oder „Nationale Sozialisten“. Für andere wiederum sind sie nichts weiter als „Nazis“ oder „Faschos“. Die Autor_innen dieser Broschüre verwenden den Begriff „Rechtsextremist_innen“ - und das aus gutem Grund. Während der Begriff „Faschismus“ heute eher als historisches Phänomen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gilt, als Staatsform nicht mehr existent ist und zudem für viele als Relikt aus der marxistischen Mottenkiste gilt, trifft der Begriff „Rechtsextremismus“ mehr denn je den aktuellen Zeitgeist. Sowohl in wissenschaftlichen Debatten als auch im öffentlichen, gesellschaftlichen Diskurs reden alle vom „Rechtsextremismus“. Unter diesem Begriff wird synonym alles subsumiert, was wir als „rechtsextrem“ verstehen – vom prügeln Neonazi über die NPD bis hin zur vermeintlich intellektuellen Strömung der Neuen Rechten.

Unter „Rechtsextremismus“ fassen wir verschiedenste Einstellungsmuster zusammen (Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Autoritarismus etc.), die die grundsätzliche Gleichwertigkeit der Menschen ablehnen, die Welt nach dem Freund-Feind-Muster einordnen und die Demokratie ablehnen. Dabei ist letztlich egal, ob solchen Einstellungen mittels Gewalt Nachdruck verliehen wird. Es ist auch egal, ob Rechtsextreme sich organisieren oder nicht.

Trotzdem sehen wir im Begriff des „Rechtsextremismus“ eine Schwierigkeit: Der Wortteil „rechts“ suggeriert, dass es eine demokratische Mitte gebe, die von Linken und Rechten umgeben ist und an deren Rändern sich Extremisten befinden. Dass es dabei ganz

gravierende inhaltliche Differenzen zwischen linkem und rechtem Weltbild gibt und dass auch die vermeintliche Mitte Teile dieser beider Denkmuster vertritt, wird dabei außer Acht gelassen. Rechtsextreme Einstellungen sind weit verbreitet, vor allem dort, wo man sich der gesellschaftlichen Mitte zugehörig fühlt. Solche Denkmuster finden innerhalb der Gesellschaft ihren Nährboden und stehen mitnichten abseits. Rechtsextremes Gedankengut ist in weiten Teilen der Gesellschaft „angekommen“. Die Gefahr des Rechtsextremismus beginnt demnach nicht da, wo die NPD ihre Wahlerfolge erzielt, sondern bereits da, wo Ausgrenzung und Ungleichheit für das gesellschaftliche Zusammenleben prägend sind. Insofern reicht es nicht, die NPD als rechtsextrem zu entlarven. Vielmehr kommt es ebenso darauf an, rechtsextreme Fragmente in den bürgerlichen Parteien wie in allen Teilen der Gesellschaft zu bekämpfen.

Links

■ Nazis in den Parlamenten - Berlin
<http://www.nip-berlin.de>

■ Nazis in den Parlamenten - Sachsen
<http://nip.systemli.org>

■ ReachOut - Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt - Berlin
<http://www.reachoutberlin.de>

■ Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V - Apabiz e.v.
<http://www.apabiz.de>

■ Netzwerk - Selbsthilfe
<http://www.netzwerk-selbsthilfe.de>

■ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)
<http://www.mbr-berlin.de>

■ NPD-Blog
<http://www.npd-blog.info>

■ redok – Nachrichtenportal zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus
<http://www.redok.de>

■ Hans-Böckler-Stiftung
<http://www.boeckler.de>

